

## 2

Bonn, Montag 11. Dezember 1961

*Sprecher: Adenauer, Albers, Amrehn, Barzel, Blank, Blumenfeld, Frau Brauksiepe, Burgbacher, [Dollinger], Dufhues, Etzel, (Bert) Even, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, Hellwig, Höcherl, Johnen, Kraske, Krone, von Merkatz, Meyers, [Oberländer], Pferdmenes, Röder, Süsterhenn, Zimmer.*

*Bericht über die Koalitionsverhandlungen. Bericht über die außenpolitische Lage. Fragen der Parteifinanzierung. Wahl von fünf Mitgliedern für den Fernsehrat der Anstalt „Zweites Deutsches Fernsehen“. Bundesparteitag 1962. Untersuchungen über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU. Verschiedenes.*

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 13.50 Uhr

*Adenauer:* Meine Damen, meine Herren! Wir waren zum letzten Mal im September zusammen. Damals hat der Parteivorstand den Beschluß gefaßt, ich möchte als Parteivorsitzender Koalitionsverhandlungen mit der FDP führen. Man hat mich weiter gebeten, mich erneut für das Amt des Bundeskanzlers zur Verfügung zu stellen. Endlich hat man ein beratendes Gremium für die Koalitionsverhandlungen gewählt.

### BERICHT ÜBER DIE KOALITIONSVERHANDLUNGEN

In der Zwischenzeit ist nun die Koalition geschlossen worden. Die Verhandlungen waren sehr lange und sehr ermüdend.<sup>1</sup> Das erklärt sich daraus, daß die FDP eine Zeit lang in der Opposition gewesen ist; sie mußte erst gewisse überkommene Residuen abstreifen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die FDP nur Mitglieder hat, die über die Landesliste gewählt sind. Sie hat zwar 67 Mandate, aber kein einziges Mandat ist ein Direktmandat. Alle ihre Mitglieder waren über die Landesliste gewählt worden. In der FDP haben die Landesverbände möglicherweise einen noch größeren Einfluß als in der CDU/CSU, und diese Landesverbände der FDP haben sich teils zum Vorteil, teils zum Nachteil der Koalitionsverhandlungen fortgesetzt auf der anderen Seite in diese Verhandlungen eingeschaltet. Sie kennen das Ergebnis. Der Zusammenschluß erfolgte,

---

<sup>1</sup> Dazu KOERFER S. 582–609; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 695–710.

und soweit man die Dinge überschauen kann, sind in der FDP vielleicht vier bis fünf Unentwegte (*Zuruf*) – auf unsere komme ich noch –, die immer gegen ein Zusammengehen mit der CDU/CSU sein werden.

Die Verhältnisse sind nun folgendermaßen: Unsere Partei hat 190 Abgeordnete, und die CSU hat 50; das sind 240. Die FDP hat 67 Abgeordnete. Rechnen Sie von diesen 307 sieben ab, dann bleiben 300 übrig gegenüber 192 Stimmen der SPD. Das ist eine sehr stattliche Mehrheit.

Die beiden Parteien, sowohl der größere Bruder – das sind wir – als auch der kleinere Bruder – die FDP – müssen aber wirklich davon überzeugt sein, daß der Ausgang der nächsten Wahl von dem abhängen wird, was diese Koalition nun in den vier Jahren schafft. Wenn die Koalition in den vier Jahren auseinanderbrechen würde, wäre das auch für unsere Partei ein großes Fiasko; das möchte ich sehr nachdrücklich betonen.

Wenn Sie bei Freunden oder Mitgliedern unserer Partei im Lande gelegentlich Kritik und die Sorge hören, daß wir durch den Koalitionspartner FDP zu sehr gezwungen würden, bei bestimmten Fragen in eine bestimmte Richtung zu gehen, dann, bitte, machen Sie doch dem betreffenden Tadler klar, daß es, wenn man die Mehrheit verloren hat, nicht anders geht, als daß man eine Koalition eingeht. Bei einer Koalition gilt aber dann das Wort: „Mann mit zugeknöpften Taschen, dir tut keiner was zu lieb; Hand wird nur von Hand gewaschen, wenn du nehmen willst, so gib.“ Das ist ein sehr altes und gutes Wort. (*Zuruf*: Goethe!) – Goethe hat übrigens auch gesagt: „Nur Lumpen sind bescheiden, Brave freuen sich der Tat.“ Das wurde neulich bestritten.

Kritik wird natürlich kommen, in gewisser Hinsicht wahrscheinlich auch berechtigte Kritik. Aber ich kann nur nochmals betonen: Man wird auch in einer Koalition hier und da nachgeben müssen, damit der kleinere Partner bei der Stange bleibt. Ich glaube jedoch, daß innerhalb der FDP in genügendem Umfange Elemente da sind, die bei der Stange bleiben wollen. Die Arbeit wird zunächst etwas schwierig sein. Aber das hilft nun mal nichts.

Über die letzte Wahl werden wir uns heute nicht zu unterhalten haben, sondern sobald Herr Kraske in der Lage ist, die diesbezügliche Arbeit vorzulegen; das heißt wohl in der nächsten Vorstandssitzung.

Die Koalitionsverhandlungen waren, wie ich soeben schon sagte, sehr lange und sehr mühselig. Aber was die Zeitungen darüber geschrieben haben, war zum größten Teil falsch, wie man überhaupt immer wieder zu der Überzeugung kommen muß, daß mehr als die Hälfte der Nachrichten, die in der Presse stehen, einfach falsch sind. Die beste Presse – lassen sie mich das bitte mal sagen – ist die mittlere Presse. Je größer ein Blatt ist, desto mehr lügt es oder berichtet es in negativem Sinne, weil jede negative Kritik im deutschen Volk mehr Anklang zu finden scheint. Deshalb findet eine Zeitung, die immer negativ berichtet, mehr Abonnenten als eine Zeitung, die eben auch das Positive hervorhebt.

Die Wahl des Bundeskanzlers ist, wie Sie wissen, mit verhältnismäßig gutem

Ergebnis vonstatten gegangen.<sup>2</sup> Ich will nicht untersuchen, wieviel Mitglieder unserer Fraktion den jetzt amtierenden Bundeskanzler nicht gewählt haben. Aber es gibt jedenfalls auch solche Mitglieder, die den Fraktionsbeschluß nicht befolgt haben<sup>3</sup>, während auf der anderen Seite der Herr Neumann<sup>4</sup> aus Berlin öffentlich erklärt, daß er mich gewählt habe. (*Zuruf des Abgeordneten Gradl.*) Nun, das gefällt Ihnen doch hoffentlich an dem Herrn Neumann; der Herr Neumann ist doch ein guter Kerl. (*Heiterkeit.*) Diese Stimme ist zwar nicht gewogen worden, aber sie ist immerhin gezählt worden.

Damit komme ich zu der Frage des Fraktionszwanges. Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie, falls Sie meine Meinung nicht teilen, das zum Ausdruck bringen würden. Ich habe den Eindruck, daß unsere Bundestagsfraktion bei ihrer jetzigen Zusammensetzung mehr als bisher einer gewissen Einwirkung durch den Parteivorstand bedarf. Wir üben prinzipiell keinen Fraktionszwang aus, und ich halte das für absolut richtig.

Aber auf der anderen Seite glaube ich doch, daß der Beschluß, den unsere Fraktion mit überwiegender Mehrheit faßt, auch von den Mitgliedern der Fraktion gewürdigt zu werden verdient, die ursprünglich anderer Ansicht gewesen sind, und daß keinesfalls ein Mitglied der Fraktion, wenn es nun glaubt, in einer wichtigen Frage nicht mit der Fraktion stimmen zu können, das *urbi et orbi* verkündet. Das gehört sich nicht. Ich halte das vom rein menschlichen Standpunkt aus betrachtet für taktlos. Wenn ich in einer Gemeinschaft bin, muß ich versuchen, den Weg zu ihr zu finden. Wenn ich es nicht kann, darf ich mich aber nicht dessen rühmen. Das gehört sich einfach nicht. Wenn ich – vorkommendenfalls – den Schutz der Gemeinschaft in Anspruch nehme, dann muß ich auch diese Konsequenz daraus ziehen.

Auf die Kabinettsbildung möchte ich gleich zu sprechen kommen. Ich möchte zuerst noch etwas bei unserer Fraktion bleiben. Ich habe versucht, eine Mitteilung darüber zu bekommen, wieviel neue Leute da sind. Ich schätze, es ist ein Viertel. (*Krone: 48!*) Relativ wenig! Ich muß aber doch gestehen, daß die erste wichtige Abstimmung dieser Fraktion – ich sehe jetzt von der Wahl des Bundeskanzlers ab –, nämlich die Abstimmung über die Besetzung der Richterwahlausschüsse, eine große Enttäuschung war.<sup>5</sup> Trotzdem alle Fraktionsmitglieder telegrafisch auf die Bedeutung dieser Abstimmung hingewiesen worden sind, haben so viele gefehlt, daß wir eine

---

2 Wahl am 7. November 1961. Von den 309 Stimmen der Koalition (242 CDU/CSU, 67 FDP) erhielt Adenauer nur 258, 8 Stimmen über der absoluten Mehrheit.

3 In der Fraktionssitzung vom 2. November 1961 wurde Adenauer gegen die Stimme von Gerd Bucerius und bei Stimmenthaltung verschiedener Berliner Abgeordneten sowie von Franz Böhm als Kandidat für die Wahl des Bundeskanzlers vorgeschlagen (ACDP VIII-001-1009/1). Möglicherweise stimmten im Bundestag auch Teile der sog. Brigade Erhard nicht für Adenauer.

4 Franz Neumann (1904–1974), 1920 SPD, 1946–1958 Vorsitzender der SPD Berlin, 1946–1960 MdB (bis 1958 Fraktionsvorsitzender), 1949–1969 MdB.

5 Wahl der Mitglieder durch den Richterwahlausschuß am 6. Dezember 1961 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 50 S. 73 f. und 85). Von 487 abgegebenen Stimmen entfielen 232 auf den Vorschlag der CDU/CSU (Mandatszahl: 242 plus 9 Berliner Abgeordnete), 197 auf den der SPD (190

Anzahl der Sitze verloren haben und daß in diesem Wahlgremium – und es ist ein wichtiges Wahlgremium – die Sozialdemokraten so viele Stimmen wie wir haben. (*Gurk*<sup>6</sup>: Können wir erfahren, wer trotz telegrafischer Aufforderung gefehlt hat? – *Krone*: Das geschieht!) Ich darf noch einmal auf die Mitarbeit der Abgeordneten zurückkommen. Sie werden zugeben, daß es kein guter Start für die Fraktion ist, wenn in einer so wichtigen Abstimmung sieben Stimmen verlorengehen. Das stellt dem politischen Verantwortungsgefühl der betreffenden Abgeordneten kein gutes Zeugnis aus, wenn sie so etwas machen. Die Fraktion hat erklärt, sie behielte sich weitere Maßnahmen vor. Ich glaube, ich spreche wohl in Ihrer aller Auftrag, meine Damen und Herren, wenn ich die Fraktion bitte, es nicht nur bei dem Vorbehalten zu belassen, sondern auch wirklich Schritte zu unternehmen, damit unsere Leute sowohl in den Ausschußsitzungen wie in den wichtigen Plenarsitzungen immer zur Stelle sind.

Es war schon im letzten Bundestag so, daß in den Ausschußsitzungen von unserer Fraktion doch verhältnismäßig mehr Leute gefehlt haben als von anderen Fraktionen. Ich glaube, wir sollten unsere Fraktion dringend bitten, von Anfang an hier eine straffere Disziplin einzuführen.

Die Fraktion zeigt, wie man aus dem Ergebnis der Wahl der Vorsitzenden schließen darf, eine starke Neigung dahin, eine ständische Politik zu führen. Ich würde das für einen großen Fehler halten. Diese Partei – jetzt schließe ich die CSU mit ein – wird nur dann auf die Dauer bestehenbleiben, wenn sie ein gemeinsames festes politisches Fundament hat und nicht in der Hauptsache Standesinteressen von dieser oder jener Gruppe oder von diesem oder jenem verfolgt werden. Aber darauf möchte ich noch zurückkommen, wenn ich Ihnen nachher einen Vorschlag bezüglich einer Studie mache, die wir anfertigen lassen wollen.

Nun etwas anderes! Ich begrüße sehr, daß Herr von Brentano Vorsitzender der Fraktion geworden ist. Er hat eine große Erfahrung. Sie wissen ja, daß er vor Herrn Kollegen Krone Fraktionsvorsitzender war. Ich begrüße aber auch, daß Herr Heck sich bereitgefunden hat, die Arbeit der beiden anderen Herren – Rösing<sup>7</sup> und Rasner<sup>8</sup> – in der Geschäftsführung der Fraktion zu unterstützen. Die Geschäftsführung bei einer so großen Fraktion ist schwierig und erfordert viel Arbeit und politisches Empfinden. Es ist sehr gut – das glaube ich wohl auch in Ihrer aller Namen sagen zu können –, wenn die Arbeit des Vorsitzenden durch eine gute Geschäftsführung erleichtert wird.

---

plus 13) und 58 auf den der FDP (67). CDU/CSU und SPD erhielten je fünf Mandate und die FDP ein Mandat. – Vgl. „Die Welt“ vom 7. Dezember 1961 „Keine Richterwahl ohne SPD-Stimmen“.

6 Dr. Franz Gurk (1898–1984), 1951–1968 Landesvorsitzender der CDU Nordbaden, 1952–1972 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung und MdL Baden-Württemberg (1960–1968 Landtagspräsident). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 62 Anm. 24.

7 Josef Rösing (1911–1983), Diplomvolkswirt; 1955–1961 und 1965–1972 MdB (CDU), 1955–1972 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 461 Anm. 56.

8 Will Rasner (1920–1971), 1953–1971 MdB (CDU, ab 1955 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 763 Anm. 65.

Ich habe von Herrn von Brentano gesprochen. Sie wissen, daß Herr von Brentano kurz vor der Bildung des Kabinetts erklärt und auch der Presse mitgeteilt hat, daß er zu einer weiteren Mitarbeit nicht zur Verfügung stehe.<sup>9</sup> Ich möchte dazu ein Wort sagen.

Ich bedauere den Entschluß des Herrn von Brentano außerordentlich. Er kam auch mir völlig überraschend. Herr von Brentano hat mit mir darüber nicht gesprochen. Er hatte mir wohl etwa 14 Tage vorher einen ähnlichen Brief geschrieben.<sup>10</sup> Ich hatte dann mit ihm gesprochen und ihm gesagt, ich betrachte diesen Brief als nicht vorhanden. Nach meinem Empfinden hätte Herr von Brentano es nicht nötig gehabt zurückzutreten. Gerade in der Außenpolitik – Herr von Brentano war sechs Jahre lang Außenminister – sind die persönlichen Verbindungen, die man im Laufe dieser Konferenzenjahre bekommt, und die Erfahrung von besonderer Bedeutung und besonderer Wichtigkeit.

An seine Stelle ist Herr Schröder getreten, der jetzt in Paris weilt. Er wird sich – davon bin ich überzeugt – sehr gut einarbeiten. Aber natürlich braucht auch derjenige, der wirklich Begabung mitbringt, eine gewisse Zeit, ehe er da vollwertig arbeiten kann. In der Außenpolitik – ich habe das wiederholt hier gesagt – baut sich Stein auf Stein auf, und es geht anders als in der Innenpolitik, wo doch häufig eine Sache abgeschlossen ist, wenn der betreffende Gesetzentwurf fertig ist. – Ich wiederhole: Ich habe das Ausscheiden von Herrn von Brentano sehr bedauert.

Dann hat Herr Kollege Etzel aus gesundheitlichen Gründen gebeten, in Zukunft nur noch als Abgeordneter und nicht mehr als Bundesminister tätig zu sein. Ich glaube jeder, der die letzten sechs oder neun Monate mit dem Herrn Kollegen Etzel zusammen verbracht hat, wird anerkennen müssen, daß er das Letzte hergegeben hat und daß man von ihm nicht mehr verlangen kann. Ich glaube, wir sollten vom Parteivorstand aus ihm ebenso wie Herrn von Brentano den Dank für diese Arbeit aussprechen. (*Beifall.*)

Dann ist Herr Schäffer<sup>11</sup> nicht mehr ins Kabinett zurückgekehrt. Herr Schäffer ist nicht in den Bundestag gewählt worden. Ob das im vollen Einverständnis mit seiner Partei geschehen ist oder nicht, haben wir nicht zu untersuchen. Wir haben nur davon Kenntnis zu nehmen, wie es ist. Herr Schäffer hat – das möchte ich hier

---

9 Schreiben vom 28. Oktober 1961 an Adenauer (Druck: BARING S. 363–366); Presseerklärung vom 30. Oktober (EBD. S. 372 f.).

10 Gemeint ist vermutlich das Schreiben von Brentanos an Adenauer vom 19. Oktober 1961 (ACDP I-070-052/3) oder vom 21. Oktober (Druck: BARING S. 357–361). Adenauer telefonierte über diese Schreiben (vgl. auch Anm. 9) am 31. Oktober 1961 (Vermerk in StBKAH III.52).

11 Fritz Schäffer (1888–1967), 1949–1961 MdB (CSU). Vgl. PROTOKOLLE I S. 17 Anm. 15 und EBD. 3 S. 64 Anm. 30; Christoph HENZLER: Fritz Schäffer. Der erste bayerische Nachkriegs-Ministerpräsident und erste Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland 1945–1967. Eine biographische Studie (Untersuchungen und Quellen zur Zeitgeschichte 3). München 1994.

sehr nachdrücklich betonen – in den Jahren, in denen er Bundesfinanzminister war, Hervorragendes geleistet. (*Zuruf: Sehr richtig!*) In einer schwierigen Zeit hat er in den Finanzen Ordnung gehalten, eine Ordnung, die der Bundesrepublik wirklich die Möglichkeit gegeben hat, sich weiter zu entwickeln. Wir müssen ihm dafür sehr danken.

Herr Wilhelmi<sup>12</sup> ist zwar im Bundestag geblieben; aber da wir im Kabinett fünf Sitze abgeben mußten, so mußten wir leider das Ministerium, das er bis dahin verwaltet hatte, einem Herrn der FDP überlassen. Herr Wilhelmi ist aber, wie gesagt, im Bundestag geblieben, und ich zweifle nicht, daß unsere Partei von seiner Arbeit im Bundestag und auch sonst später noch gute Früchte ernten wird, wofür wir auch ihm sehr dankbar sind.

Dann ist der bisherige Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, der hier zu meiner Rechten sitzt, Herr Dr. Krone, in das Kabinett eingetreten. Er hat während der Jahre als Vorsitzender dieser Fraktion ein sehr saures Brot gehabt. Diejenigen, die nicht so in der Nähe, im Bundestag, sitzen, können sich nicht gut ein Bild davon machen, welche Verantwortung auf dem Vorsitzenden der Fraktion ruht. Ich glaube daher, daß wir heute alle Herrn Kollegen Krone von Herzen unseren Dank aussprechen müssen für die Arbeit, die er in diesen sechs Jahren geleistet hat. Wir wünschen ihm alles Gute für die Arbeit im Kabinett, wo er für eine Reihe von Mitgliedern des Kabinetts eine wertvolle Hilfe sein wird. (*Beifall.*)

Zu den innenpolitischen Aufgaben will ich an dieser Stelle nicht viel sagen. Ich nehme an, daß Herr Kollege Krone gleich noch etwas dazu ausführen wird.

Über die Koalitionsverhandlungen und den Abschluß möchte ich Ihnen nur noch folgendes berichten. Die vier Jahre, die vor uns liegen, werden uns sehr schwierige, innenpolitische Aufgaben bringen, insbesondere auch deswegen, weil die Finanzfrage ganz außerordentlich schwierig werden wird. Sie wird in erster Linie durch die sehr viel größeren Ausgaben schwierig, die wir für Verteidigungszwecke machen müssen. Diese Ausgaben sind zwingender Natur.

Dazu gehört auch die Verlängerung der Dienstzeit von zwölf auf 18 Monate. Der Gesetzentwurf wird ja in dieser Woche den Bundesrat beschäftigen, nachdem er in der vorigen Woche vom Bundeskabinett verabschiedet worden ist. Ich bitte diejenigen unserer Freunde, die im Bundesrat Sitz und Stimme haben, sich der Gesetzesvorlage sehr anzunehmen. – Ich komme gleich noch, wenn ich über die außenpolitischen Fragen berichte, auf unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zu sprechen. – Meine Herren, wenn diese Vorlage nicht mit einer großen Mehrheit im Bundestag angenommen wird, würde das ein tödlicher Schlag – ich überlege das Wort sehr genau – für die Bindung der Vereinigten Staaten an Europa und insbesondere an uns sein. Deshalb ist die möglichst schnelle Verabschiedung – auch im Bundestag – dieses Gesetzes in außenpolitischer Hinsicht von außerordentlich großer Bedeutung.

---

12 Dr. Hans Wilhelmi (1899–1970), Rechtsanwalt und Notar; 1957–1969 MdB (CDU, 1960–1961 Minister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 165 Anm. 105.

Ich darf hier vielleicht ein Wort über die Sozialdemokraten sagen. Die Regierungserklärung haben Sie, meine Damen und Herren, mehr oder weniger gelesen<sup>13</sup>; ich entschuldige jeden, der sie weniger gelesen hat. Sie werden aber vielleicht auch mehr oder weniger die Berichte in der Presse über die Aufnahme der Regierungserklärung durch den Bundestag gelesen haben. Ich habe selten eine so langweilige Atmosphäre vorgefunden wie an dem Tage, an dem das Parlament auf die Regierungserklärung geantwortet hat.<sup>14</sup> Vielleicht waren meine Anforderungen zu groß. Vielleicht liegt es aber auch daran, daß die FDP als Oppositionspartei ausgeschieden war und die ganze Opposition von der SPD getragen werden mußte.

Ich weiß nicht recht, ob sich die SPD schon von den Wechselfällen ihres parteipolitischen Lebens in den letzten ein, zwei Jahren erholt hat. Ich möchte einige Worte dazu sagen. Natürlich kann keiner mit hundertprozentiger Sicherheit prophezeien, was werden wird. Aber denken Sie bitte daran, daß die SPD in Bad Godesberg ein neues Parteiprogramm verkündet hat und daß sie in Hannover im November 1960 zu den außenpolitischen Fragen eine Stellung eingenommen hat<sup>15</sup>, die zwar nicht hundertprozentig unserer Stellung entspricht – das möchte ich sehr nachdrücklich betonen –, aber jedenfalls so war, daß sie sich von der bisherigen Stellungnahme der SPD zu diesen Fragen abhob. Die SPD hat sicher gehofft, daß sie durch diese Wendung in ihren Anschauungen einen erheblichen Zuwachs an Mandaten bekommen würde.

Nun hat sie das Ziel – und es war ihr Ziel –, die Mehrheit zu bekommen, nicht erreicht. Herr Ollenhauer hat das ja in diesen Tagen im Bundestag erklärt.<sup>16</sup> Er hat gesagt: Wenn es in diesem Lande normale demokratische Grundsätze gegeben hätte, wäre die Antwort auf das Wahlergebnis gewesen, daß die beiden bisherigen Oppositionsparteien, die jetzt zusammen die Mehrheit hätten, den Versuch gemacht hätten, eine Regierung zu bilden.

Sie sehen – das ging auch aus einer Bemerkung des Hauptsprechers der SPD, des Herrn Brandt, hervor<sup>17</sup> –, daß die SPD mit ihrem Häutungsprozeß noch immer nicht

---

13 Die Regierungserklärung verlas am 29. November 1961 für den erkrankten Bundeskanzler dessen Stellvertreter, Ludwig Erhard (Sten.Ber. 4. WP Bd. 50 S. 22–33).

14 Am 6. Dezember 1961 sprachen für die SPD Willy Brandt, Fritz Erler und Erich Ollenhauer (ebd. S. 53–64, 91–104, 123–125).

15 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Godesberger Programm) in: Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitags der SPD vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg. Vgl. Helga GREBING: Das Programm von Bad Godesberg und seine Bedeutung für die Politik der SPD. In: Willi Eichler zum 100. Geburtstag. Politische Programme in der Kommunikationsgesellschaft – Aussichten für die Sozialdemokratie. Düsseldorf 1996 S. 20–36. – Entschließung zur Außenpolitik in: Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der SPD vom 21. bis 25. November 1960 in Hannover S. 701f.

16 Vgl. Anm. 14 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 50 S. 123).

17 Vgl. Anm. 14. Eine derartige Äußerung findet sich dort nicht.

zu Ende gekommen ist und daß sie möglicherweise ihre alte Haut sogar ungewaschen wiederfindet.

Herr Brandt hat in der Rede, die er im Auftrag der SPD-Fraktion gehalten hat, erklärt, daß die SPD bei der Beratung des Gesetzes über die Verlängerung der Dienstzeit mitarbeiten werde. Er hat nicht gesagt, bei der Verabschiedung, geschweige denn, daß er gesagt hat, daß die SPD im Prinzip dafür sei. Er hat lediglich das gesagt, was in den vergangenen Jahren immer das Mittel der SPD gewesen ist, sie würden im Ausschuß mitarbeiten. So ist es bisher immer gewesen bei den Gesetzen, die der SPD an sich gegen die Natur gingen. Sie hat versucht, bei der Beratung im Ausschuß möglichst ihre Ansichten zur Geltung zu bringen. Wenn dann die CDU/CSU, gutherzig und gutgläubig wie sie ist ... Ich versuche immer vergeblich, Mißtrauen einzuflößen, und es gelingt mir nicht. Das Vertrauen in die Zukunft ist bei vielen, vielen Menschen so groß, daß sie immer noch an die SPD glauben.

Über die Hoffnung der SPD gibt eigentlich am besten folgendes Ausdruck: Sie wissen, daß Herr Ministerpräsident Zinn<sup>18</sup> sich in den Bundestag hat wählen lassen. Er hat darauf verzichtet, den Platz einzunehmen. Herr Brandt war bereit, nach Bonn überzusiedeln; er bleibt in Berlin und wird, glaube ich, im Bundestag wohl nicht mehr auftreten. Der Herr Schmidt<sup>19</sup> aus Hamburg, der, wie Sie alle wissen, den Beinamen Schmidt-Schnauze führt – damit haben Sie sein Bild klarer vor sich –, tritt sein Bundestagsmandat nicht mehr an, sondern hat sich auf einen Senatsstuhl in Hamburg zurückgezogen. Wenn man das so zusammennimmt – das sind die ersten Blüten, die gefallen sind, ohne daß sie Früchte gezeigt haben –, dann kann man wohl mit Sicherheit sagen, daß die SPD zuverlässig damit gerechnet hatte, sie werde den Herrn Brandt als Bundeskanzler durchbringen und werde in diesem Bundestag eine maßgebende Regierungspartei sein. Das ist ihr fehlgeschlagen.

Welche Entwicklung bei der SPD in dieser Wahlperiode eintreten wird, weiß man nicht. Es ist für die SPD die vierte Wahlperiode als Oppositionspartei. Für jede politische Partei ist das eine ganz schauderhafte Situation, namentlich wenn sie an ihre Nachkommenschaft denkt. Was sich daraus entwickeln wird, das können wir noch nicht übersehen. Aber wir müssen sehr aufpassen, was sich da entwickeln wird.

Wir müssen natürlich versuchen, überall dort, wo es möglich ist, Wähler und Wählerinnen zu gewinnen, die das letzte Mal nicht recht gewußt haben, was sie wählen sollen, und deshalb SPD gewählt haben. Die SPD hat ja einen erheblichen Zuwachs gehabt, wenn er auch nicht für die Verwirklichung ihrer Ziele ausreichte. Wir müssen also sehen, daß diese Wähler wieder zu uns kommen oder daß sie überhaupt zum erstenmal zu uns kommen.

---

18 Dr. Georg-August Zinn (1901–1976), 1949–1951 und 1961 MdB (SPD), 1950–1969 hessischer Ministerpräsident, 1954–1970 MdL Hessen. – Landesregierung Hessen (Hg.): Georg-August Zinn. In Memoriam. Wiesbaden 1976.

19 Helmut Schmidt (geb. 1918), 1953–1962 und 1965–1987 MdB (SPD), 1974–1982 Bundeskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 947 Anm. 54.

Nun möchte ich aber doch noch etwas über die Innenpolitik sagen. Ich habe darüber noch mit keinem Kabinettsmitglied gesprochen. Ich muß Ihnen offen gestehen, daß mir die Steigerung der Baulandpreise sehr große Sorgen macht. Soviel ich unterrichtet bin, ist es jetzt schon so, daß die Bausparer sich um den Erfolg ihres Sparens insofern betrogen sehen, als die Baupreise derartig ansteigen, daß sie nicht damit rechnen können, mit ihrem gesparten Kapital irgendwie zum Zuge zu kommen. Das ist natürlich eine sehr unangenehme Sache. Denn gerade die Bausparer sind Leute, die Vertrauen zu uns und zu der ganzen Entwicklung hatten. Wenn die enttäuscht werden, ist das natürlich ein schmerzlicher Rückschlag, der sich auch politisch irgendwie auswirken wird.

Dann wird es ja auch nicht nur bei der Steigerung der Baupreise bleiben, die die normale Steigerung der Bauarbeiterlöhne in sich schließt. Es zeigt sich für unsere gesamte wirtschaftliche Entwicklung – auch für die Stabilität der Mark – eine sehr große Gefahr. Die Baupreise werden in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr um rund 10 % steigen. Für das nächste Jahr ist mit einer weiteren Steigerung um 10 % zu rechnen. Wenn Sie sich klarmachen, daß gerade die Bauwirtschaft mit allen ihren Verästelungen für unser gesamtes Wirtschaftsleben außerordentlich wichtig ist, dann werden Sie verstehen, daß man Sorgen haben kann.

Vielfach sind wir auch bei der Ausfuhr nicht mehr mit anderen Ländern konkurrenzfähig. Das ist mir besonders von unserem Kollegen Robert Pferdmenges in bezug auf Stahl und Eisen gesagt worden. Das ist eine sehr wichtige Frage. Deshalb glaube ich, daß die wirtschaftliche Situation während der kommenden vier Jahre der besonderen Beobachtung und Betreuung durch sehr kenntnisreiche Leute nicht nur im Kabinett und im Bundestag, sondern auch in den Ländern, in der Wirtschaft und bei der Arbeitnehmerschaft bedarf. Denn letzten Endes wird die Arbeitnehmerschaft ebensogut wie jeder andere auch die Kosten einer – ich will das Wort nicht aussprechen – Entwicklung der Währung zu bezahlen haben, an der niemand Freude haben kann.

## BERICHT ÜBER DIE AUSSENPOLITISCHE LAGE

Nun, meine Damen und Herren, die Außenpolitik! Da weiß ich wirklich nicht, wie weit ich in meinen Mitteilungen an Sie gehen darf. Ich sage Ihnen das ganz offen. Es ist ganz klar, daß bei einer so großen Zusammenkunft wie dieser hier absolute Sicherheit, daß nichts davon an die Öffentlichkeit kommt, nicht besteht. Unsere Presse – ich darf noch einmal darauf zurückkommen – ist ja mit wenigen Ausnahmen immer bestrebt, alles möglichst negativ herauszustellen. Als ich vor kurzer Zeit in Washington war<sup>20</sup>, haben sich bei mir sowohl der Präsident Kennedy wie der Staatssekretär Rusk über die Angriffe einiger deutscher Zeitungen auf Amerika

---

20 Vom 20. bis 22. November 1961 – AdG 1961 S. 9500; OSTERHELD: Kanzlerjahre S. 85–87.

beschwert, die für Amerika verletzend seien. Man soll mir jetzt nicht antworten, die amerikanischen Zeitungen hätten auch Berichte gebracht, die nicht richtig seien. Wir sind mehr von Amerika abhängig als Amerika von uns. Darüber, meine ich, sollten wir uns doch immer klar sein. Das ist eine sehr banale Tatsache; aber es ist so. Mir ist es noch niemals bei irgendeinem Besuch in den zwölf Jahren, in denen ich seit Bestehen der Bundesrepublik tätig bin, vorgekommen, daß sich ein Staatsoberhaupt bei mir über die Haltung eines Teiles unserer Presse beschwert hat. Deshalb muß ich auch bei dem, was ich sage, besonders vorsichtig sein.

Wie unsere Presse ist, das möchte ich Ihnen an drei Zeitungen von heute beweisen. Ich nehme zunächst die „Rundschau“: „Bundeskanzler hat de Gaulle noch nicht überzeugt“.<sup>21</sup> Kein Wort von Berlin-Verhandlungen. Woher der Mann das weiß, der das geschrieben hat, kann ich nicht sagen. In dem Communiqué stand ausdrücklich drin: „Die beide Länder interessierenden internationalen Probleme und besonders das Berlin-Problem waren Gegenstand eingehender Prüfung.“ Dann schreibt derselbe Mann weiter, ich hätte aus dem Elysee-Palast heraus dem Präsidenten Kennedy geschrieben. Jeder Buchstabe ist frei erfunden! Das ist natürlich auch für die Franzosen nicht angenehm.

Ich möchte Ihnen sagen, daß ich meine Unterhaltung mit de Gaulle mit den Worten eröffnet habe, ich käme weder im Auftrag von Kennedy noch käme ich auf dessen Wunsch, sondern ich käme hierher als Vertreter der Bundesrepublik Deutschland aufgrund meiner eigenen Erwägungen. Dann schreibt so ein Mann – ich bin geradezu empört über so etwas –, ich hätte noch aus dem Elysee-Palast heraus an Kennedy geschrieben. Bis heute habe ich noch nicht an Kennedy geschrieben. Ich werde es noch tun, ich werde auch anderen darüber berichten. Wie aber so etwas von diesem Mann hier geschrieben werden kann, ist mir einfach unverständlich; es beweist, daß der Betreffende keine Ahnung von Politik hat. Das war also die „Kölnische Rundschau“, ein Blatt, das uns doch bis zu einem gewissen Grade nahesteht. (*Zurufe Blank und Gerstenmaier.*) Herrn Gerstenmaier ist das zuwenig gesagt und Herrn Blank ist es zuviel. Dann ist augenscheinlich richtig, was ich gesagt habe.

Ich nehme jetzt die „Welt“<sup>22</sup>. Dort steht in fetten Buchstaben: „Berlin-Verhandlungen noch ungewiß – de Gaulle nach wie vor ablehnend“. Wenn Sie sich daran erinnern, was „Welt“ und das „Bild“ in den vergangenen Monaten an außenpolitischem Porzellan kaputtgeschlagen haben, dann – ich sage das frei und öffentlich – graut es einem, wenn eine solche publizistische Macht so konzentriert ist, die wirklich häufig Porzellan kaputtschlägt und dem deutschen Interesse schadet. Ich bin der Auffassung, daß eine Presse, die Einfluß haben will, versuchen muß, wenigstens in entscheidenden

---

21 „Kölnische Rundschau“ vom 11. Dezember 1961 „Kanzler hat de Gaulle noch nicht überzeugt“. – Treffen Adenauer mit de Gaulle am 9. Dezember 1961 in Paris (BULLETIN vom 12. Dezember 1961 S. 2169; MÖLLER/HILDEBRAND S. 776–782).

22 „Die Welt“ vom 11. Dezember 1961 „Berlin-Verhandlung noch ungewiß – De Gaulle nach wie vor ablehnend“.

Fragen der Nation unbedingt mit der Regierung zusammenzugehen. Ich will den Artikel aus der „Welt“ nicht vorlesen. Er ist ein bißchen klüger als der der „Kölnischen Rundschau“.

Ich nehme dann die „Frankfurter Allgemeine“ von heute morgen. Ich muß sagen, der Artikel „Die deutsch-französische Zwiesprache“ von Hans-Achim Weseloh<sup>23</sup> ist der vernünftigste und der, der der Wahrheit am nächsten kommt.

Ich darf nun fortfahren und Ihnen über dieses etwa vierstündige Gespräch unter vier Augen mit de Gaulle einiges sagen. Dieses Gespräch mit Herrn de Gaulle verlief natürlich in großer Ruhe. Es ist jedesmal ein großer Genuß, sich mit Herrn de Gaulle auszutauschen, weil keine Spur von Polemik da ist, sondern Herr de Gaulle tatsächlich die ganze politische Entwicklung in der Welt vom Standpunkt eines Historikers – so kann ich fast sagen – betrachtet. Ich habe zuerst ausführlich gesprochen, dann hat de Gaulle gesprochen. Aus der Haltung Frankreichs in den vergangenen Monaten, namentlich in der Berlin-Frage – oder besser ausgedrückt, in der Frage einer Konferenz wegen Berlin –, ergibt sich ja, daß Frankreich anderer Meinung gewesen ist als die Angelsachsen. Wir haben nach einer einstündigen Unterbrechung, die wir dem Frühstück gewidmet haben, unsere Unterhaltungen fortgesetzt. Ich kann nur das sagen, was ich auch bei der Ankunft gesagt habe: Ich bin über den Verlauf sehr zufrieden.

Wer etwas zu lesen versteht, der mußte das auch aus dem Kommuniké entnehmen. Man kann doch wahrhaftig nicht erwarten, daß, wenn die Regierungen zweier Länder in irgendeinem Punkt verschiedener Meinung waren und man sich dann darüber ausgesprochen hat, nachher veröffentlicht wird: Der Herr X hat seinen Standpunkt aufgegeben und hat den Standpunkt des Herrn Y angenommen. Wie kann man sich überhaupt vorstellen, daß so etwas gesagt werden könnte?

Wenn Sie nach diesen einleitenden Bemerkungen diesen Teil des Kommunikés lesen, dann werden Sie ihn verstehen: Die beide Länder interessierenden internationalen Probleme und besonders das Berlin-Problem waren Gegenstand eingehender Prüfung. Es wurde festgestellt, daß über die zu erreichenden Ziele und über die Notwendigkeit – jetzt kommt der entscheidende Satz –, die Solidarität zwischen den verbündeten Mächten aufrechtzuerhalten, Übereinstimmung bestand.

Ich hoffe, Sie verstehen das, meine Damen und Herren; denn diese Übereinstimmung bestand eben bisher nicht. Frankreich hat sich gegenüber den Beratungen in Washington bisher außerordentlich zurückgehalten.

Ich glaube mit Recht sagen zu können, daß diese Konferenz in Paris, zu der ich nicht mit hundertprozentigen Erwartungen hingefahren bin, meine Erwartung übertroffen hat. Ich halte es allgemeinpolitisch gesehen für sehr wichtig, daß Frankreich an den Beratungen des Vierergremiums – wenn ich die drei Westmächte und Deutschland nehme; die Westmächte als diejenigen, die in Berlin direkt beteiligt sind – jetzt voll teilnimmt. Das ist für uns Deutsche besonders wichtig, weil doch

---

23 Hans-Achim Weseloh (geb. 1911), Journalist; 1956–1961 Leiter des dpa-Büros in Paris, 1961–1979 Korrespondent der FAZ in Paris, Washington und Bonn.

die Probleme – gerade auch was Berlin und die Wiedervereinigung angeht – für uns aus nationalem Empfinden und aus Sicherheitsempfinden und für die Franzosen aus Sicherheitsempfinden identisch sind. Das ist sehr wichtig, und deshalb war die Besprechung wirklich ein Erfolg.

Es heißt ja dann in dem Kommuniqué auch weiter, daß die die Einigung Europas betreffenden Probleme sowohl im politischen wie im wirtschaftlichen Bereich ebenfalls diskutiert wurden. Diese Gespräche haben zu der Schlußfolgerung geführt, daß über die Gesamtheit dieser Probleme eine völlige Einheit der Ansichten besteht.

Ich glaube, man muß die Außenpolitik – auch was die Frage der Wiedervereinigung angeht – unter größeren Gesichtspunkten und als Entwicklung betrachten, die Zeit braucht. Deshalb ist auch für unsere politische Macht und unseren politischen Einfluß die Entwicklung der europäischen Gremien wichtig; sie ist nicht nur ein Vorgang von großer wirtschaftlicher Bedeutung, sondern auch von sehr großer politischer Bedeutung. Wenn Sie daran denken, daß die sechs Länder, die in der EWG vereinigt sind, an wirtschaftlicher Macht auf vielen Gebieten stärker sind als Amerika, dann wird Ihnen wohl klar, daß – da in der heutigen Welt die politische Macht auf militärischer und auf wirtschaftlicher Macht beruhen muß – die Entwicklung der europäischen Organisation eine Angelegenheit von sehr großer Bedeutung, namentlich auch für die fernere Zukunft, ist.

Und umgekehrt! Sie werden gelesen haben, daß die russischen Vertreter in Albanien abberufen wurden.<sup>24</sup> Die Mitteilung kam gerade herein, als ich bei de Gaulle war. Chruschtschow hat die Vertreter Rußlands abberufen, obgleich Albanien unter dem Schutz Rotchinas steht. Dieser Vorgang ist unbedingt ein Anzeichen dafür, daß die Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Rotchina, die seit geraumem nicht besonders waren, sich weiter angespannt haben. Sie müssen dann bedenken, daß der Nachbar von Rotchina Sowjetrußland ist, daß aber dieser Nachbar – Rotchina – über 650 Millionen Einwohner hat; Sowjetrußland hat etwas über 200 Millionen Einwohner. Die Rotchinesen sind zwar in mancher Hinsicht heute noch etwas hinter Sowjetrußland zurück. Sowjetrußland hat also auf der einen Seite als Nachbar Rotchina und auf der anderen Westeuropa. Wenn Sie sich dieses Bild einmal vor Augen halten, dann werden Sie, glaube ich, mit mir darüber übereinstimmen, daß sehr ernste Entwicklungen möglich oder sogar wahrscheinlich sind; ob diese in fünf, zehn oder 15 Jahren eintreten, kann kein Mensch heute beurteilen. Chruschtschow hat mir schon, als ich im Herbst 1955 in Moskau gewesen bin, von diesen ernsten und ernsthaften Entwicklungen gesprochen.

Deshalb glaube ich, daß man in der deutschen Situation mit unseren brennenden Problemen und unseren Wunden folgendes niemals vergessen darf: Man muß Geduld

---

24 Am 10. Dezember 1961 Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Albanien und Abberufung des gesamten Personals der Botschaft und der Handelsvertretung (AdG 1961 S. 9539 f.).

zeigen, weil die Zeit – soweit das überhaupt von einem Menschen beurteilt werden kann – für uns und nicht gegen uns wirkt.

Ich habe schon davon gesprochen, daß ich mehrere Tage bei Herrn Kennedy gewesen bin. Gerade ehe ich nach Washington abflog, bekam ich folgende interessante Vorlage. Es handelt sich um eine Meinungsbefragung, die das öffentliche Interesse an wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Maßnahmen und an anderem betraf; sie erstreckte sich vom September 1960 bis 1961.<sup>25</sup> Was da aus den 16 Fragegebieten herauskam, ist nach meiner Meinung geradezu erschütternd. Bei der Frage, ob die außenpolitischen Verhandlungen das größte Interesse fänden, sind die Ziffern vernichtend. Nur ein Prozent der Deutschen findet die außenpolitischen Fragen als von besonderem Interesse. (*Zuruf:* Noch!) Ist das nicht erschütternd? – Sie sagen: „Noch“! Die Zahl war auch schon einmal Null, sie war in den letzten zwölf Monaten auch schon mal auf zwei angestiegen. Aber in dieser Situation, in der wir uns befinden, in diesen Monaten, wo diese Mauer da gesetzt worden ist, wo alles das vorgekommen ist, interessieren ein Prozent der befragten Deutschen die außenpolitischen Fragen besonders. Das finde ich geradezu verheerend.

Ich bin der Auffassung, daß sowohl wir wie auch die Presse, aber auch Rundfunk und Fernsehen, offenbar viel zu wenig tun, um das deutsche Volk aufzuklären. (*Brauksiepe*<sup>26</sup>: Wo liegt das Hauptinteresse?) Ich will Ihnen die Zahlen mal vorlesen:

Keine Angabe: 54 %; Wohnungsbau, Mieten, Bauland: 3 %; innerdeutsche Wirtschaftsfragen: 3 %; internationale Wirtschaftsfragen: 3 %; Steuerreformpläne: 2 %; Hilfe für unterentwickelte Länder: 2 %; Preispolitik: 1 %; Löhne und Gehälter: 1 %; Hilfe für die Landwirtschaft: 1 %; Krankenversicherungsreform: 8 %; Rentenpolitik: 7 %; Kindergeld: 3 %; soziale Fragen: 1 %; Wiedervereinigung: 5 %; (*Zuruf:* Bitte!) außenpolitische Fragen: 1 %; verschiedene Maßnahmen: 5 %.

Ich gebe zu, die Wiedervereinigung springt in die Augen. Ich freue mich, daß wenigstens 5 % das angegeben haben. Aber man wird mir doch folgendes zugeben müssen: Nur ein Prozent bei den außenpolitischen Fragen, das ist für ein Land in der Lage Deutschlands, bei diesem Durcheinander in der Welt, bei der Entwicklung der Atomwaffen usw. doch geradezu unglaublich. Ich habe meinen Augen da nicht getraut, als ich das gelesen habe.

Ich war also bei Herrn Kennedy. Auch dort ist die Sache so verlaufen, daß ich auf Wunsch von Herrn Kennedy einmal eine zweistündige Unterredung mit ihm unter vier Augen gehabt habe und dann am anderen Tage eine eineinhalbstündige Unterredung. Was ich jetzt sage, bringt hoffentlich die Presse nicht; ich möchte

---

25 Weder bei EMNID noch bei Allensbach nachweisbar. Vgl. aber – mit anderen Zahlen – EMNID: Der Prozeß der Meinungsbildung. Eine Untersuchungsreihe zur Klärung der wahlentscheidenden Faktoren im Bundestags-Wahlkampf 1961. Bd. 4: Entwicklung der Meinungslage von Anfang 1960 bis zum Wahltermin. O.O. S. 60.

26 Aenne Brauksiepe (1912–1997), 1949–1972 MdB (CDU), 1968–1969 Bundesministerin für Jugend und Familie.

es nur als Kennzeichen sagen. Herr Kennedy hat nachher vorgeschlagen, daß die Dolmetscher vor unseren Augen ihre Notizen zerreißen sollten. Sie sehen daraus, daß in diesem dreieinhalbstündigen Gespräch schwierige Fragen offen ausgesprochen worden sind.

Nun hatten wir in der Zeit vorher wirklich allen Anlaß, über die Entwicklung in den Vereinigten Staaten besorgt zu sein. Wer in etwa die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten verfolgt hat, mußte sehen, daß maßgebende Kreise dort dazu neigten, eine Änderung der amerikanischen Politik herbeizuführen, eine Änderung hinsichtlich der großen atlantischen Fragen, eine Änderung auch in dem Verhältnis zu Europa. Ich kann Ihnen sagen, daß durch unseren Besuch in den Vereinigten Staaten diese Gefahr gebannt worden ist. Es wird keine Änderung eintreten.

Ich muß noch ein Wort zu der neuen Administration sagen. Es sind neue Leute. Es waren sehr viele Berater da. Allmählich werden die Berater immer mehr zurücktreten, und die anderen, die Sitz und Stimme in der Administration haben, werden übrigbleiben. Da ist zweifellos für uns ein Gewinn.

Aber wir haben jedenfalls in den vergangenen Monaten Angst und Sorge über bestimmte Möglichkeiten ausgestanden. Deshalb glaube ich, daß wir die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sehr sorgfältig pflegen müssen und daß es insbesondere nicht mehr vorkommen darf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten mich, der ich sein Gast war, über unsere Presse fragt und sich über gewisse Ausführungen in gewissen Zeitungen beschwert. Das können wir uns einfach nicht leisten. Der Eichmann-Prozeß<sup>27</sup> hat doch in anderen Ländern vieles in die Erinnerung zurückgerufen, was wir schon vergessen hatten. Es braucht auch wieder eine gewisse Zeit, bis diese Erinnerungen verloren sind.

Wir sind doch diejenigen, die den Nationalsozialismus in die Welt gesetzt haben; wir werden doch von den anderen in der Rückschau auf alles das, was der deutsche Nationalsozialismus in der Welt angerichtet hat, dafür entsprechend angesehen.

Ich bin keinesfalls der Auffassung, daß das jetzige Deutschland irgendwie Veranlassung hätte, sich auf eine zweite Stelle verweisen zu lassen. Absolut nicht! Wir haben in der Zeit seit 1949 so viel geleistet, daß wir allen Anlaß haben, stolz darauf zu sein, und daß wir von den anderen Ländern verlangen können, das zu respektieren; die anderen sind ja auch gewillt, das zu respektieren.

Aber wogegen ich mich wende und wogegen ich mich wenden müßte, selbst wenn wir den Nationalsozialismus nicht gehabt hätten, ist, daß wir so tun, als wenn wir die Herrscher der Welt seien – wenigstens in der Presse ist das so –, und andere Leute dann in dieser Weise heruntersetzen und beschimpfen. Das schadet uns eminent.

Wie man diesem Übel Herr wird, das weiß ich nicht. Ich weiß nur eins: Die Zeitungen, die am negativsten schreiben, haben in Deutschland die meisten Leser.

---

27 Adolf Eichmann (1906–1962, hingerichtet), Obersturmbannführer der SS. – Eichmann war im Mai 1960 aus Argentinien entführt und nach Israel gebracht worden. Der Prozeß begann am 11. April 1961. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 926 Anm. 35.

Deshalb schreiben sie auch negativ; es ist das nur eine Geschäftssache. Aber von dem Beruf der Presse und auch des Rundfunks und des Fernsehens, Erzieher des Volkes zu sein, ist da verdammt wenig zu fühlen. Jedes Volk bezahlt aber dafür, wenn die Presse anderswo Fensterscheiben einwirft.

Es drängt mich sehr, Ihnen gegenüber das mal hier zum Ausdruck zu bringen, einmal wegen der Erfahrungen in den Vereinigten Staaten, dann aber auch angesichts der ausgezeichneten Aufnahme – das möchte ich hier betonen –, die ich am Samstag in Paris und insbesondere durch de Gaulle gefunden habe. Dieser Mann hat ein außerordentliches Verständnis gezeigt. Ich kann nur hoffen – es scheint, daß die Hoffnung nicht trügerisch ist –, daß die Algerienfrage doch sehr bald einer Lösung entgegengeht, mit der sich Frankreich und Algerien dann abfinden müssen.<sup>28</sup> Dann kann dort die Periode der Beruhigung eintreten, die uns alle interessiert und die im europäischen Interesse liegt.

Damit bin ich am Ende dessen, was ich Ihnen zu sagen hatte. Wenn Sie noch über irgendeinen Punkt Auskunft haben wollen, dann, bitte, stellen Sie die entsprechenden Fragen. Herr Krone wird dann so freundlich sein, Ihnen darauf zu antworten.

*Krone:* Ich möchte einen Vorschlag machen. Wir sollten jetzt keinen besonderen Tagesordnungspunkt „Bericht über die Koalitionsverhandlungen“ mehr behandeln. Wenn Fragen zu stellen sind, dann können sie ja gestellt werden. Der Herr Bundeskanzler hat aber schon sehr vieles von den Koalitionsverhandlungen erwähnt, so daß kaum noch etwas zu sagen ist. Ich bitte, so zu verfahren, wie ich es vorgeschlagen habe. *(Zustimmung.)*

Dann darf ich jetzt mit der Aussprache beginnen. Ich möchte mich zuerst mit der Frage beschäftigen, die der Kanzler gestellt hat: „Was schafft diese Koalition?“ Das ist eine sehr ernste Frage, die auch in der Fraktion sehr ernstgenommen worden ist. Ich will darauf folgende Antwort geben:

Zunächst ist in diese Vereinbarung mit der FDP<sup>29</sup> von uns die Klausel hineingebracht worden, daß alle bestehenden Gesetze – das gilt insbesondere für die kulturellen und sozial- und gesellschaftspolitischen Gesetze, aber auch die anderen – nicht umgestoßen werden dürfen, sondern daß sie bestehenbleiben. Es ist also von uns in dieses Papier, in diese Vereinbarung – mehr ist es nicht; das ist auch von Herrn Brandt so bezeichnet worden, und ich verstehe die Professoren nicht, die an diese Vereinbarung so viel Fleiß verwendet haben<sup>30</sup> – diese Besitzstandsklausel

---

28 De Gaulle erklärte am 23. November 1961 in Straßburg, die Selbstbestimmung sei die Lösung des Konflikts (AdG 1961 S. 9502). – Vgl. Alfred GROSSER: Frankreich und seine Außenpolitik 1944 bis heute. München 1986.

29 Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom 20. Oktober 1961 in AdG 1961 S. 9444.

30 Verschiedene Staatsrechtler hatten an der Koalitionsvereinbarung Kritik aus verfassungsrechtlicher Sicht geübt. Vgl. Hans PETERS: Vertrag ohne verfassungsrechtliche Grundlage. Inwieweit sind Kanzler und Abgeordnete an den Koalitionsvertrag gebunden? Artikel in: „Soziale Ordnung“ 12/ 1961. Vgl. auch Adolf SCHÜLE in „Die Welt“ vom 5. Dezember 1961 „Die strangulierte Freiheit“.

eingefügt worden. Es ist hinzugefügt worden, daß, wenn sich im Laufe der Zeit die Notwendigkeit von Reformen herausstellen sollte, die Koalition sie beraten wolle. Es fiel von seiten der FDP sogar das Wort: zwei, drei bis vier Jahre. Solange wolle man Erfahrungen sammeln. Das ist also der eine Punkt: der Bereich, den wir in den vier Jahren aufgebaut haben, bleibt.

Und nun zur Zukunft hingewendet! Da hat sich die Fraktion folgendes zur Richtschnur gesetzt: Wenn wir in dieser Koalition – wir sind ja mit der CSU die stärkste Fraktion dieser Koalition – unsere Position bewahren wollen – das wollen wir auch –, dann müssen wir versuchen, für alle kommenden Maßnahmen, Vorschläge und Entscheidungen vorher eine geschlossene Fraktionsmeinung zu bilden. Wir dürfen also nicht differenziert in die Verhandlungen über Gesetzesvorlagen hineingehen.

Das gilt, meine Freunde, auch für den Bereich – für ihn gilt es insbesondere –, der nach dieser Umfrage für die Befragten einer der wichtigsten ist: den sozialen und gesellschaftspolitischen Bereich. Hier dürfen wir nicht stillstehen, sondern müssen vorwärtsgehen. Wir müssen bedenken, daß ein hoher Prozentsatz unserer Wähler – besonders an Rhein und Ruhr – Arbeitnehmer sind.

Diese Fragen müssen von uns als geschlossene Fraktion ins Gespräch gebracht werden. Hier nehme ich den Gedanken des Bundeskanzlers auf. Die Partei und die Parteiinstanzen müssen sich reger als bisher an diesen Aufgaben beteiligen. Sie müssen mit der Fraktion und für die Fraktion Gedanken entwickeln, die dann zu realisieren sind.

Ich bin auch nicht allzu skeptisch, daß die FDP das verstehen wird. Der Bundeskanzler hat bei den Koalitionsverhandlungen der FDP gesagt: Wir, die CDU/CSU, sind darauf angewiesen, daß uns der starke Wählerstamm an Rhein und Ruhr – unsere Arbeitnehmer – erhalten bleiben und daß die nicht nach links abwandern. Diese Frage spielt auch bei der kommenden Wahl in Nordrhein-Westfalen eine Rolle.<sup>31</sup> Dieser Wählerstamm muß bei uns bleiben. Daran muß auch die FDP interessiert sein, wenn sie an der Koalition teilnimmt.

*Blank:* Ich möchte an das anknüpfen, was Kollege Krone gesagt hat. Zunächst eine nüchterne Feststellung! Der damalige Beschluß des Parteivorstandes hat sich ganz schnell als richtig erwiesen. Die SPD wäre absolut bereit gewesen – Herr Ollenhauer hat ja gesagt, er komme sich überspielt vor –, mit der FDP eine Koalition zu bilden. Ich glaube, daß es nunmehr an der Zeit wäre, daß manche von uns die Klagen, warum es nicht zu einer Koalition mit der SPD gekommen sei, aufgeben. Wenn man uns nun ständig damit bange machen will, jetzt komme der berühmte soziale Rückschritt, dann ist es merkwürdig, das gerade aus dem Munde der Leute zu hören, die mit den Rückschrittlichen sogar eine Koalition gegen uns gebildet hätten.

Nun habe ich folgendes getan: Ich habe die Herren von der FDP zu einer

---

<sup>31</sup> Ergebnis der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 8. Juli 1962: CDU 46,4 %, SPD 43,3 %, FDP 6,8 %. Franz Meyers (CDU) bildete eine Koalitionsregierung aus CDU und FDP. FISCHER 2 S. 844–846.

Unterredung gebeten – das muß ich doch einmal bekanntgeben – und habe ihnen dargetan (*Zuruf*) – auch Herren von der FDP-Fraktion –, was auf sozialpolitischem Gebiet im einzelnen wohl im Verlauf der vier Jahre zu entwickeln sei. Ich habe den Herren gesagt, am Anfang aller Überlegungen stünde folgendes: Wir müssen unsere sozialpolitische Visitenkarte zu allen Zeiten zeigen können. Ich muß Ihnen sagen, daß ich bei den Herren auf großes Verständnis gestoßen bin. Über einige entscheidende Punkte, die für sie, als sie noch in der Opposition waren, fast Tollpunkte waren, reden sie überhaupt nicht mehr.

Ich möchte sagen, es ist nicht redlich, wenn man fortgesetzt versucht, so zu tun, als ob von daher die große Gefahr drohe. Man solle doch zuerst einmal abwarten, ob sich im Einzelfall eine Gefahr zeigt.

Ich sehe aber eine andere Gefahr, die wir, glaube ich, ganz ernst ins Auge fassen müssen. Ich sehe die Gefahr, daß die SPD aus ihrer Verärgerung heraus nunmehr auf innenpolitischem, vor allem dem sozialen Gebiet die unsinnigsten Forderungen stellt. Ich habe am Samstag in einer Versammlung die vierte Rede nach der Regierungsbildung gehalten und habe mit den Leuten diskutiert. Ich habe versucht, ihnen klarzumachen, daß wir uns gegen die „Milliarderitis“ zu stellen hätten. Darauf bekam ich tosenden Beifall. Wenn wir uns auf diesem Gebiet von der SPD erschrecken lassen und glauben, wir müßten solchen Forderungen nachgeben, bringen wir unsere ganze Wirtschafts- und Finanzpolitik – von der Verteidigungs- und Außenpolitik, die davon abhängen, gar nicht zu reden – durcheinander. Wir sollten der SPD diese Freude nicht gewähren.

Ich persönlich bin aufgrund meiner Unterhaltungen mit den Leuten der FDP der Auffassung, daß es absolut möglich ist, unsere bisherige Sozialpolitik – auch das, was da noch an weiteren Fortschritten geschehen muß – mit ihnen durchzustehen. Sie haben eines klar erkannt: daß auch sie im Zeitalter der Massendemokratie es sich gar nicht leisten können, die Arbeitnehmer vor den Kopf zu stoßen. Wir aber sollten den Leuten helfen, sich in die Koalition einzufügen. Wir sollten ihnen menschlich begegnen. Wir sollten auf sie zugehen, wir sollten mit ihnen sprechen und ihnen nicht jeden Tag servieren, daß sie eigentlich eine höchst unerwünschte Gesellschaft für uns seien. Wenn wir das so machen, wie ich vorgeschlagen habe, dann kommen wir auch mit ihnen in der Koalition zurecht.

*Blumenfeld:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte ein paar Worte zu dem sagen, was Sie bezüglich der Presse ausgeführt haben. Ich tue das insbesondere deswegen, weil sich die Kritik, die Sie ausgesprochen haben, auf einen Ort des Bundesgebietes, in dem sehr viele Presseerzeugnisse hergestellt werden, konzentriert, nämlich Hamburg. Da ich weder verwandt noch verschwägert mit diesen Leuten bin, noch einen Anteil an diesen Presseerzeugnissen habe, noch eine Dividende erhalte, noch im Aufsichtsrat oder im Familienbeirat sitze, kann ich hier doch einiges sagen, zumal ich immer wieder mit diesen Presseerzeugnissen – nicht nur von Ihnen selber, sondern auch in der Partei, extern und intern – sehr eng in Zusammenhang gebracht werde.

Nach dieser langen Vorrede, Herr Vorsitzender, darf ich mir die Frage erlauben, ob es zweckmäßig ist, in diesem großen Gremium die Ausführungen so stehen zu lassen, wie Sie sie in den Raum gestellt haben. Es waren doch harte Formulierungen, wenn auch die einzelnen Erzeugnisse – mit Ausnahme von „Bild“ und „Welt“ – nicht genannt wurden. Ich könnte mir vorstellen, daß sich auch noch andere Verleger betroffen fühlen könnten, wenn diese Ausführungen aus diesem Kreis hier herauskommen. Daß sie herausgelangen werden, Herr Bundeskanzler, ist doch so sicher wie das Amen in der Kirche; das dürfen wir unterstellen.

Deswegen bitte ich doch um folgendes, Herr Bundeskanzler: Wir können uns über einzelnes unterhalten. Als Partei können wir es uns aber nicht leisten, daß der Bundesparteivorstand rundweg erklärt: Die Presse und das Fernsehen in Deutschland taugen nichts. Im letzten Fall würde ich Ihnen sogar recht geben. Das Programm des Fernsehens – das erste und das zweite Programm – ist erschütternd. Aber daß wir das so unisono sagen, halte ich für sehr bedenklich.

Der Herr Bundeskanzler hat uns erklärt, wie der Präsident der Vereinigten Staaten sich bei ihm beschwert habe. Sie sollten aber wissen, Herr Bundeskanzler, daß aus dem Weißen Haus inzwischen an diesen Verleger eine Einladung ergangen ist, er möge doch den Präsidenten der Vereinigten Staaten baldigst besuchen, wie er in der vergangenen Woche auch den englischen Premierminister besucht hat.<sup>32</sup> Ich halte das für ein sehr feines Gefühl des Präsidenten der Vereinigten Staaten gegenüber einem Verleger eines unangenehmen Presseorgans. Er unterhält sich mit ihm und versucht nicht, ihm über Dritte eventuell auf die Sprünge zu verhelfen. Daß dieser Verleger das inzwischen weiß, wollte ich Ihnen hier zur Kenntnis bringen.

Herr Bundeskanzler, ich habe dann eine Bitte: Lassen Sie uns heute weniger über diese – auch wenn sie noch so wichtig sind – Einzelfragen sprechen, als mehr über die Frage der Straffung und der Kampfkraft der Organisation unserer Partei. Das ist, glaube ich, das Dringendste und Dringlichste, was wir heute hier zu besprechen haben. Ich erlaube mir, anzuregen, uns jetzt nicht so sehr über die Dinge der Vergangenheit zu unterhalten.

*Adenauer:* Sie wissen, daß die Bundesgeschäftsstelle einen Bericht über die letzte Wahl in Arbeit hat. Dieser Bericht wird, soviel ich weiß, Mitte Januar fertig sein. Jeder von uns bekommt ihn dann. Er stellt dann die Grundlage für eine solche Diskussion dar.

Ich glaube, es war doch gut, daß Ihnen einmal ein Überblick über die Besprechungen in Paris und auch über die Besprechungen mit Washington gegeben worden ist.

*Amrehn:* Ich darf auf eine Frage zurückkommen, die hier aufgeworfen worden ist. Sie haben davon gesprochen, daß man sich unterhalten müsse über das Verhältnis

---

32 Lt. telefonischer Auskunft von Herrn von Gruchalla vom Springer-Verlag fanden 1961 und 1962 keine Treffen von Axel Springer mit Kennedy oder Macmillan statt.

zwischen der Fraktion, die möglicherweise eine stärkere Stellung einnehme, als ihr zukomme, und dem Vorstand. Ich möchte daran erinnern, daß, wenn die CDU bestimmte politische Gedanken vorbringen will, die Fraktion im Bundestag ausschließlich die Adresse für die Verwirklichung ist, der Vorstand aber die Direktiven gibt. Die Fraktion möge sich also in den hier genannten Punkten etwas mehr zurückhalten.

*Adenauer:* Herr Amrehn, Sie haben etwas hinzugefügt, was ich nicht gesagt habe; das möchte ich sehr nachdrücklich betonen.

Aber die Situation im Bundestag hat sich doch auch verändert. Wir haben jetzt eine Koalitionsregierung. Sie wissen, daß namentlich unsere Freunde unter den Arbeitnehmern diese mit großer Sorge betrachtet haben. Sie wissen wahrscheinlich auch, daß bei einer Abstimmung über diese Sache in der Fraktion führende Freunde von der Arbeitnehmerseite dagegen gestimmt haben.<sup>33</sup> Deswegen – da befinde ich mich in voller Übereinstimmung mit dem Herrn Kollegen Krone – glaube ich, daß wir hier von der Partei aus zu akuten Fragen der Zukunft mehr als bisher Stellung nehmen müssen und daß wir uns deswegen häufiger treffen müssen.

Ich habe diese Dinge angeführt, um einmal zu hören, ob der Vorstand gewillt ist, sich auch mehr um die laufenden Dinge im Bundestag zu kümmern. (*Zuruf:* Das wäre schon lange notwendig!) Darüber müssen Sie sich klar sein: man kann sich nur darum kümmern, wenn man arbeitet und wenn man die Dinge genau kennt. Sonst hat es keinen Zweck.

*Gerstenmaier:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Von dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers war mir eine Bemerkung besonders attraktiv, ich will nicht sagen, weil sie etwas Provozierendes, sondern weil sie vielleicht etwas Produktives enthält: das Verhältnis von Bundesparteivorstand und Fraktion.

Ich glaube, daß die Formulierungen, die bis jetzt gefallen sind, rein akademisch sind und bleiben werden, mein Freund Amrehn, und zwar deshalb, weil natürlich die Fraktion sich fast jeden Tag sieht und fast täglich zu den konkreten Details Stellung nimmt, in denen sich die Politik eben realisiert. Der Parteivorstand betätigt sich mit seinen mehr allgemeinen Betrachtungen gewöhnlich historisch und hält Rückschau; er konzentriert sich dabei weniger darauf, programmatische Vorschau zu halten. Ich halte das letzte für notwendig und stimme dem Herrn Bundeskanzler zu. Deshalb schien mir die entsprechende Bemerkung des Herrn Bundeskanzlers besonders wichtig zu sein.

Meine Damen und Herren, dieser Tisch hier ist nach meiner Überzeugung in den nächsten Jahren wahrscheinlich die einzige praktische Möglichkeit, um etwas zu tun, was die Bundestagsfraktion der CDU/CSU nicht tun kann: nämlich das immer noch beklagenswerte Verhältnis von Bund und Ländern so konstruktiv, wie es – zum

---

<sup>33</sup> In den Fraktionssitzungen vom 24. Oktober und 4. November 1961 hatten Ardgen, Katzer, Lenze und Mick Bedenken gegen die Koalitionsvereinbarung vorgetragen (ACDP VIII-001-1009/1).

Segen für diese Partei – möglich ist, zu gestalten. Es hat allmählich gar keinen Zweck mehr, wenn wir auch bei wichtigen Vorhaben uns ernstlich fragen müssen: Wird das überhaupt im Bundesrat durchzusetzen sein? Hier müssen also die Fragen, bevor die Vorlagen überhaupt ins Kabinett kommen, angesprochen werden. An diesem Tisch müssen sie in mühsamem Hin und Her – ich richte mich gar nicht auf eine harmonische Kundgebung ein – solange behandelt werden, bis wir die Gewißheit haben: wir bleiben nachher auf dem Wege der Gesetzgebung beim Bundesrat nicht stecken. Das ist nach meiner Überzeugung der Punkt, an dem dieser Parteivorstand seiner Natur nach eine Verbindung, eine Art Koordination schaffen muß, die es sonst in diesem Bereich des Staates nicht gibt und ohne die wir unmöglich bestehen können angesichts der sehr viel komplizierteren Situation, die wir heute im Bundestag und wahrscheinlich auch in einigen Ländern – jedenfalls nach meiner Ansicht – und im Bundesrat insgesamt haben.

Es ist doch ganz klar, daß im Bundesrat jetzt der Widerstand gegen diese Regierung, gegen unsere vierte Bundesregierung, viel schärfer und viel ungehemmter unter Auspielung aller Möglichkeiten – und seien es nur Terminmöglichkeiten – sich zeigen wird, als das in der letzten Legislaturperiode der Fall war. (*Zuruf Meyers*<sup>34</sup>.) Ich würde sagen – ich bin nicht nachtragend –, manches war gar nicht notwendig, was das Verhältnis verschlechtert hat. Wir hätten uns vielleicht den ganzen Streit um das Fernsehen<sup>35</sup> ersparen können, wenn wir uns an diesem Tisch durchgekämpft hätten.

Aber ich will nicht länger bei der Vergangenheit bleiben. Was wir in der Vergangenheit eben noch machen konnten, das können wir vermutlich in der Zukunft und mit diesem Koalitionspartner uns nicht mehr leisten. Deshalb muß nach meiner Überzeugung an diesem Tisch in den nächsten zwei, drei Jahren eine ganz andere Energie entfaltet werden, als das in den vergangenen Jahren der Fall war.

*Adenauer:* Ich bin dem Herrn Kollegen Gerstenmaier sehr dankbar für die Worte, die er hier gesagt hat. Er hat in der Tat einen Punkt berührt, der wirklich für unsere Partei, aber auch für das gesamte deutsche Volk von entscheidender Bedeutung ist.

Ich will nur ein Beispiel anführen. Herr Kollege Meyers, beim Zweiten Fernsehen schaffen Sie einen Fernsehrat. Man stelle sich vor, meine Damen und Herren, man bietet dem Bund an, von den 60 Leuten drei zu stellen. Ich bin in großem Ernst gefragt worden, ob wir uns angesichts dieses nicht-bundestreuen Verhaltens überhaupt beteiligen sollten. Ich bin mir darüber noch nicht klar. Ich muß offen gestehen: Dem Bund drei Stellen von 60 anzubieten, das ist wirklich das Nonplusultra.

*Meyers:* Nordrhein-Westfalen mit einem Drittel der Bevölkerung des Bundes hat haargenau eine Stimme. Es kommt nicht darauf an, was wir dem Bund zusprechen wollen, sondern was das Bundesverfassungsgericht als noch tragbar ansieht. Wir haben

---

34 Dr. Franz Meyers (geb. 1908), 1950–1970 MdL NW (CDU), 1957–1958 MdB, 1958–1966 Ministerpräsident NW. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 455 Anm. 58.

35 Zum Fernsehstreit vgl. PROTOKOLLE 3 S. 747–776.

jedem Land eine Stimme gegeben. Das war das Mindeste, was die Länder haben konnten, weil sonst das Bundesverfassungsgericht eingewendet hätte, es seien unter den 66 – 66 sind es sogar – zu viele Beauftragte und Bevollmächtigte. Es hätte dann die ganze Sache wieder für ungültig erklärt werden können. Ich persönlich würde es bedauern, wenn der Bund eine Beteiligung ablehnte. Dann müßten wir die drei Stimmen auch noch abgeben.

*Adenauer:* Das ist natürlich ein ganz greifbares Taschenspielerkunststück. (*Meyers:* Nein!) Sie sagen: Nordrhein-Westfalen mit einem Drittel der Bevölkerung des Bundesgebietes habe eine Stimme. Wieviel hat Bremen? (*Meyers:* Auch eine!) Na bitte! Ich brauche weiter nichts dazu zu sagen. (*Zuruf:* Föderalismus!) Wir haben dreimal soviel Stimmen wie Bremen! Mir ist gesagt worden, Herr Meyers, der Bund solle beim Bundesverfassungsgericht gegen die Länder klagen.

*Röder:* Herr Bundeskanzler, das Zweite Fernsehen ist unter Punkt 4 der Tagesordnung zu behandeln. Ich erlaube mir daher, an die Ausführungen von Herrn Blank anzuschließen, der von der „Milliarderitis“ gesprochen hat, und auf die Ausführungen des Herrn Bundestagspräsidenten Bezug zu nehmen, der meinte, wir bewegten uns in akademischen Erwägungen, und zwar insbesondere hinsichtlich des Verhältnisses von Bund und Ländern. Es gibt ein gutes Beispiel, aus den akademischen Erwägungen sehr schnell herauszukommen, indem Sie an diesem Tisch einmal die Frage des Weihnachtsgeldes besprechen.<sup>36</sup> Diese Frage ist ein typisches Beispiel dafür, was an diesem Tisch geschehen sollte und was nicht geschehen ist. (*Zuruf:* Sehr gut!) Das ist ein Gebiet, wo wir im Augenblick im Lande Schlachten verlieren bei unseren Wählern, und zwar nicht deshalb, weil die Beamten sagen, sie wollten ein Weihnachtsgeld, sondern weil die CDU nicht sagt, was sie in der Frage des Weihnachtsgeldes tun will. Sie hat weiß Gott lange genug Zeit gehabt, sich das zu überlegen. Seit dem letzten Weihnachtsfest ist ein ganzes Jahr vergangen. Hier wäre also Gelegenheit, einmal zu sagen, was wir als Partei wollen. (*Zuruf:* Die Länder haben vorher entschieden!) Die Länder haben nicht vorher entschieden. Ich erinnere daran, daß ich an der vergangenen Weihnacht in meinem Parlament in die Minderheit gegangen bin, weil ich es abgelehnt habe, ein Weihnachtsgeld zu zahlen. Der Kollege Zinn hat im letzten Jahr Wasserwerfer gegen Demonstranten wegen des Weihnachtsgeldes einsetzen lassen.

*Etzel:* Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Gerstenmaier gesagt hat. Ich sehe mit Riesenschritten ganz massive Auseinandersetzungen zwischen dem Bund und den Ländern wegen der Finanzverfassung und wegen der Verteilung der Finanzen auf uns zukommen. Da kann noch Ungeahntes kommen. Herr Starke<sup>37</sup> hat mit Recht vor ein paar Tagen in München gesagt: Wir kommen ohne Steuererhöhungen nur

---

36 Antrag der Fraktion der SPD betr. Zahlung eines Weihnachtsgeldes an Beamte vom 21. November 1961 (Drs. IV/27). BT-Debatte am 29. November 1961 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 50 S. 44–49). Der Antrag wurde am 14. Februar 1962 abgelehnt (EBD. S. 434–438).

37 Dr. Heinz Starke (geb. 1911), 1953–1980 MdB (FDP, seit 1970 CSU), 1961–1962 Bundesfinanzminister, 1958–1979 MdEP.

aus, wenn wir eine Änderung der Finanzverfassung bekommen. In dieser Aussage steckt sicherlich etwas Richtiges. Aber hier stoßen wir auf massive Widerstände der Länder. Deswegen muß das natürlich diskutiert werden. Die Fragen der Zuständigkeit des Bundes für die Wohnungswirtschaft, für den Grünen Plan<sup>38</sup> usw. bilden ein so komplexes Thema, daß unter allen Umständen schnellstens etwas geschehen muß.

Diese Fragen können wir im Augenblick nicht diskutieren. Deshalb schlage ich folgendes vor: Setzen wir einen kleinen Ausschuß ein, der sich aus Herren der Länderparlamente – vielleicht ein Ministerpräsident als Vorsitzender – und Herren der Bundesebene zusammensetzt. In diesem Kreise diskutieren wir dann die Dinge – nach dem Berichterstattersystem – vor für eine Enddiskussion an diesem Tisch. Dann haben wir etwas sehr Nützliches getan.

*Krone:* Ich wollte das aufgreifen, was Kollege Etzel gesagt hat. Es hat keinen Zweck, nach rückwärts zu schauen. Die Fernsehsache liegt hinter uns. Beim Weihnachtsgeld müssen wir irgendwie durchkommen. Machen wir uns den Vorschlag von Kollege Etzel zu eigen und packen wir vom Vorstand aus die vor uns liegenden Aufgaben an, nachdem sie vorher in einem kleineren Kreise vordiskutiert worden sind.

*Adenauer:* Das heißt also – lassen Sie es mich verallgemeinern – eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Parteivorstand, den Ländern und dem Bund. (*Zuruf:* Die Fraktion nicht vergessen!) Ich darf also folgendes feststellen: Sie stimmen zu, daß Schritte getan werden müssen, um eine engere Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der Länder, den Vertretern der Bundesregierung, der Bundestagsfraktion und den Landesparteien herbeizuführen.

*Pferdmenges:* Es sollte eine Kommission gebildet werden!

*Adenauer:* Lieber Herr Pferdmenges, man muß sich überlegen, welche Leute da reinkommen.

*Pferdmenges:* Sehr bald!

*Etzel:* Ich hatte einen Vorschlag gemacht. Ich glaube nicht, daß man die in Frage kommenden Persönlichkeiten schon jetzt aussuchen kann. Wir sollten jedoch einen Grundsatzbeschluß fassen, daß wir eine nach dem Berichterstattersystem arbeitende Kommission einsetzen, die in den nächsten Wochen diese Fragen vordiskutiert und sie dann dem Vorstand zur Enddiskussion vorlegt. Nur so kommen wir zu einem fruchtbaren Ergebnis.

*Hellwig*<sup>39</sup>: Darf ich daran erinnern, daß das natürlich nicht eine Angelegenheit allein der CDU ist, sondern der CDU/CSU. Die CSU muß also auch beteiligt sein.

*Adenauer:* Was sagt die CSU dazu?

---

38 Seit 1956 jährlich erstellter agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung gemäß Landwirtschaftsgesetz vom 5. September 1955.

39 Dr. Fritz Hellwig (geb. 1912), 1953–1959 MdB (CDU), 1959–1967 Mitglied der Hohen Behörde der EGKS. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 167 Anm. 4.

*Höcherl:* Es wird einige Schwierigkeiten geben, Herr Bundeskanzler. (*Zuruf:* Soll das heißen, daß die Kommission überflüssig ist?)

*Adenauer:* Ich weiß nicht, ob Sie, Herr Höcherl, oder Herr Dollinger<sup>40</sup> jetzt berechtigt ist, für die CSU zu sprechen.

*Höcherl:* Ich bin in Vertretung von Herrn Strauß da. Dollinger ist in einer anderen Eigenschaft da. Ich bin Beauftragter von Strauß.

*Adenauer:* Sie tun mit?

*Höcherl:* Ja selbstverständlich!

*Adenauer:* Na dann! Das ist ein sehr guter Beschluß. Wir wollen sehen, ihn in die genaue Form zu bringen. Sie haben damit im Prinzip bejaht, daß der Parteivorstand sich stärker in die laufende politische Arbeit einschalten soll. So verstehe ich es doch richtig? – Das ist ein sehr wichtiger Beschluß.

Dann kommen wir zu Punkt 3:

#### FRAGEN DER PARTEIFINANZIERUNG

Bitte, Herr Professor Burgbacher<sup>41</sup>!

*Burgbacher:* Meine Damen und Herren! Nach den Erfahrungen bei früheren Wahlkämpfen haben sich der Bundesvorsitzende, der Bundesschatzmeister und der Bundesgeschäftsführer bereits Ende 1960 um eine Sicherung des Etats für den Bundestagswahlkampf bemüht. Tatsächlich lagen auch bereits Anfang dieses Jahres feste Zusagen für einen Grundetat in Höhe von zehn Millionen DM vor. Die ersten Zahlungen erfolgten im Februar, so daß die Vorbereitung des Wahlkampfes ungehindert beginnen konnte.

Schon bei den ersten Besprechungen wurde allerdings angekündigt, daß bis zum Wahltag nur 70 %, die restlichen 30 % erst zwischen dem 1. Oktober 1961 und dem 31. März 1962 gezahlt werden könnten.

Bereits im Juli zeigte sich deutlich, daß die finanziellen Mittel der SPD und der FDP wesentlich höher bzw. fast ebenso hoch wie die der CDU sein würden. Erneute Verhandlungen führten deshalb zu einer Erhöhung des ursprünglichen Etats um 25 % auf insgesamt 12,5 Millionen DM.

Diese Mittel waren zwangsläufig bis zum 1. August mit Ausnahme einer kleinen Reserve disponiert, da die entsprechenden Aufträge für den zentralen Wahlkampf selbstverständlich zu diesem Zeitpunkt erteilt sein mußten. Die Entwicklung nach dem 13. August erforderte eine ganze Reihe von nicht vorgesehenen Sondermaßnahmen, deren Kosten weit über die vorgesehene Reserve hinausgingen, so daß die

---

40 Dr. Werner Dollinger (geb. 1918), Diplomkaufmann; 1953–1990 MdB (CSU), 1961–1962 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe, 1962–1966 Bundesschatzminister. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 550 Anm. 43.

41 Dr. Fritz Burgbacher (1900–1978), 1957–1976 MdB (CDU), 1958–1977 MdEP, 1960–1967 Bundesschatzmeister. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 440 Anm. 31.

Bundespartei nach Abschluß des Wahlkampfes zum erstenmal erheblich verschuldet ist.

Bundesschatzmeister und Bundesgeschäftsführer hoffen trotzdem, die gegenwärtigen Schwierigkeiten bis zum Frühjahr des kommenden Jahres überwinden zu können, aber ohne die geringste Reserve für die Finanzierung laufender Ausgaben. Im übrigen sei hier eingefügt, daß die Schwierigkeiten nicht an den von seiten der Wirtschaft beteiligten Personen liegen. Ganz im Gegenteil, diese haben sich weitgehend für die Regelung der Fragen eingesetzt und exponiert. Ich möchte ihnen deshalb unseren Dank aussprechen. Sie haben sich zum Teil außergewöhnlich engagiert. Die Schwierigkeiten liegen bei der Sache und nicht in den Personen. (*Beifall.*)

Dagegen hat nach dem Ergebnis der letzten Sitzung des Bundesfinanzausschusses<sup>42</sup> die Wahlkampffinanzierung in den Landesverbänden offensichtlich reibungsloser funktioniert. Nach den bisher vorliegenden Informationen haben sich nur drei Landesverbände verschulden müssen, drei schließen mit plus/minus 0, also ohne Schulden und Reserven, ab; etwa die Hälfte der Landesverbände hat Reserven für die laufende Arbeit bzw. für die nächsten Landtagswahlkämpfe anlegen können.

Nun zum Etat 1962! Nach § 10 der Finanzordnung der Partei haben der Bundesschatzmeister und der Bundesgeschäftsführer bis zum 30. November den Gesamtetat der Bundespartei für das folgende Haushaltsjahr – das heißt der Bundesgeschäftsstelle und der Vereinigungen – abzustimmen und auf der ersten Vorstandssitzung nach dem 30. November dem Bundesvorstand zur Verabschiedung nach § 38 des Statuts vorzulegen.

Die Bundesgeschäftsstelle und die Vereinigungen haben ihre Vorschläge vorgelegt. Die vorgesehenen Ausgaben liegen bei den Vereinigungen um etwa 4 bis 17 % und bei der Bundesgeschäftsstelle um etwa 30 % über denen des Jahres 1961, da Bundesschatzmeister und Bundesgeschäftsführer der Auffassung sind, daß die laufende Arbeit in den nächsten vier Jahren erheblich verstärkt und intensiviert werden muß.

Die Vorlage eines auf der Einnahmen- und Ausgabenseite ausgeglichenen Etats ist jedoch im Augenblick unmöglich, da über die voraussichtlichen Einnahmen der Bundespartei noch keine Klarheit besteht. Feste Zusagen privater Förderer liegen bis zur Stunde nicht vor. Über die Höhe der öffentlichen Mittel wird der Bundestag erst im ersten Halbjahr 1962 bei der Verabschiedung des Bundeshaushalts beschließen.

Der Bundesschatzmeister bittet deshalb den Bundesvorstand, die Vorschriften des Statuts und der Finanzordnung mit diesem Hinweis als erfüllt anzusehen, zumal der Bundesvorstand sich bei der letzten Erörterung von Etatfragen vor etwa einem Jahr der Auffassung des Herrn Bundesvorsitzenden angeschlossen hat, daß man in einem so großen Kreise über Ziffern im einzelnen nicht sprechen solle.

---

42 6. Sitzung des Bundesfinanzausschusses am 4. Dezember 1961. Protokoll in ACDP VII-001-050.

Zur Parteifinanzierung! Die künftige Finanzierung der Partei wird uns schon in den nächsten Monaten vor grundsätzliche Entscheidungen stellen. Mit der Hereinnahme eines Titels „Zur Unterstützung der politischen Bildungsarbeit der Parteien“ in Höhe von insgesamt fünf Millionen DM in den Bundeshaushalt ist zwar seit 1959 der Weg einer partiellen öffentlichen Finanzierung der politischen Parteien bereits beschritten<sup>43</sup>; die bisher zur Verfügung stehenden Mittel reichen aber in gar keiner Weise aus. Überdies stellt ihre Zweckbegrenzung die Parteien vor erhebliche finanzielle und sachliche Probleme.

Im Bundeshaushalt 1962 sollte der Betrag, der für die Unterstützung der politischen Parteien vorgesehen ist, infolgedessen erheblich erhöht werden. Der Bundeschatzmeister schlägt eine Erhöhung auf insgesamt 30 Millionen DM vor. Diese Ziffer mag zunächst als sehr hoch gegriffen erscheinen. Wenn es richtig ist, daß – wie die Presse berichtet hat – im Koalitionsvertrag bezüglich der künftigen Verteilung der öffentlichen Mittel ein für alle Parteien gleicher Sockelbetrag vorgesehen ist, werden wir aber damit zu rechnen haben, daß der prozentuale Anteil der CDU, der bisher etwa 40 % betrug, in Zukunft wesentlich geringer sein wird. Er dürfte etwa bei 33 % liegen. Demnach würden bei einem Gesamttitel von 30 Millionen DM auf die CDU zehn Millionen DM entfallen. Das würde für eine annähernde Deckung unseres laufenden Bedarfs und für die Bildung geringer Reserven für die Wahlkampfaufwendungen in Bund und Ländern etwa ausreichen.

Selbstverständlich hat eine solche Erhöhung allerdings nur dann Sinn, wenn sie Hand in Hand mit einer Auflockerung der Zweckbestimmung geht. Wenn es ohnehin schon problematisch ist, dem Bundesrechnungshof ein Urteil zuzumuten, welche Ausgaben der Parteien unter den Begriff der politischen Bildungsarbeit fallen, ist es darüber hinaus für die Parteien kaum zumutbar, daß der Staat einen Unterschied zwischen förderungswürdigen und nicht förderungswürdigen Aufgaben der Parteien macht. Die Parteien unterliegen in ihrer gesamten Arbeit und Existenz einem Auftrag des Grundgesetzes. Die öffentlichen Mittel, die den Parteien zur Verfügung stehen, sollten deshalb generell zur Erfüllung der ihnen nach Artikel 21 des Grundgesetzes obliegenden Aufgaben gegeben werden.

Selbstverständlich bedeutet die Erhöhung der öffentlichen Mittel von 5 auf 30 Millionen DM einen tiefen Einschnitt in das bisherige Finanzierungssystem der Parteien. Die Erfahrungen des letzten Jahres haben jedoch gezeigt, daß die Finanzierung aus privaten Spenden mindestens seit Erlaß des Karlsruher Urteils<sup>44</sup> eine Basis ist, die für eine solide Arbeit der CDU nicht mehr tragfähig ist. Schon die Wahlfinanzierung war zwar in ihren Zusagen durchaus befriedigend, in ihrer Realisierung ist sie jedoch bis heute außerordentlich unzuverlässig. Hier müßte noch einmal darauf verwiesen werden, daß diese Unzuverlässigkeit in der Sache begründet liegt und nicht in

43 Zur Parteienfinanzierung seit 1959 vgl. PROTOKOLLE 3 S. 504–513 und 861–870.

44 Urteil des BVerfG vom 24. Juni 1958 (2 BvF 1/57) – Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Bd. 8 S. 51–71.

Personen. Noch mehr aber gilt das für die laufende Finanzierung: Seit dem September 1960 sind keinerlei Mittel für die laufende Finanzierung der Bundespartei gezahlt worden. Alle Versprechungen über eine Nachzahlung sind bisher nicht eingehalten worden. Entgegen allen Zusagen ist die laufende monatliche Finanzierung nicht einmal nach dem Wahltag wieder aufgenommen worden.

Daß die Mitgliedsbeiträge und die Einkünfte aus dem parteieigenen Verlag<sup>45</sup> nicht ausreichen, bedarf keiner Erläuterung. Die Partei muß also den von ihrer Bundestagsfraktion einmal beschrittenen Weg der öffentlichen Finanzierung nachdrücklich fortsetzen, wenn sie nicht über kurz oder lang in große sachliche und personelle Schwierigkeiten kommen will. Ich möchte darauf hinweisen, daß bei dieser Unsicherheit der laufenden und der zukünftigen Finanzierung sich kaum qualifizierte Persönlichkeiten finden werden, die hauptamtlich in der und für die Partei arbeiten wollen. Da wir unsere Parteiorganisation verstärken wollen, ist das ein besonders bedauerlicher Umstand.

Aus diesem Grunde bittet der Bundesschatzmeister den Bundesvorstand darum, in einem formellen Beschluß die Bundestagsfraktion aufzufordern, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um im Bundeshaushalt 1962 die Mittel für die politischen Parteien wesentlich zu erhöhen und sie von ihrer einschränkenden Zweckbestimmung zu befreien.

Schließlich habe ich noch eine formelle Vollmacht zu erbitten. Am 13. Januar 1961 wurde das Grundstück Nassestraße 2, das bisher auf die Namen von Herrn Bach<sup>46</sup> und Herrn Dr. Fricke im Grundbuch eingetragen war, auf den inzwischen gegründeten Hausverein der CDU Deutschlands notariell übertragen.

Hierbei hat der Leiter der Abteilung Verwaltung in der Bundesgeschäftsstelle, Herr Andreas Nathan<sup>47</sup>, die CDU Deutschlands vertreten. Da zu dieser Vertretung aus rechtlichen Gründen die Zustimmung des Vorstandes notwendig ist, bittet der Bundesschatzmeister den Bundesvorstand um folgenden formellen Beschluß:

Der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands stimmt hiermit allen Rechtshandlungen zu, die Herr Nathan in der Urkunde Nr. 69/61 des Notars Dr. Wilhelm Daniels<sup>48</sup> in Bonn für die Christlich-Demokratische Union Deutschlands vorgenommen hat.

*Gerstenmaier:* Meine Damen und Herren! Damit ist natürlich ein Punkt angeschnitten, der über die Fragen der Finanzierung der Partei hinausgeht. Es ist ganz klar, daß hier ein substantielles Element des Parteiengesetzes unmittelbar angesprochen worden ist. Ebenso klar ist, daß damit Fragen, die bis in die Verfassungsverhältnisse unseres Staates hineinreichen, mobil gemacht werden.

---

45 Vermutlich Union-Betriebs-GmbH.

46 Ernst Bach (1902–1965), 1958–1965 MdL NW (CDU), 1950–1960 Bundesschatzmeister der CDU. Vgl. PROTOKOLLE I S. 5 Anm. 23. – Zum Haus Nassestraße 2 vgl. ACDP VII-001-050.

47 Andreas Nathan (geb. 1917), 1951–1982 Leiter der Abteilung Verwaltung in der Bundesgeschäftsstelle, 1956–1958 Geschäftsführer der Politischen Akademie Eichholz.

48 Dr. Wilhelm Daniels (1903–1977), Notar; 1956–1969 Oberbürgermeister der Stadt Bonn.

Ich stimme dem Herrn Kollegen Professor Burgbacher insofern zu, als auch ich der Meinung bin, daß in dieser Legislaturperiode an dieser Frage nicht mehr vorbeigegangen werden kann. Das Parteiengesetz wird so oder so – aus politischen oder aus finanziellen Gründen – unausweichlich fällig werden. Ich nehme an, daß auch der Herr Bundesinnenminister<sup>49</sup> sich darüber schon Vorstellungen gebildet hat.

Was ich in diesem Augenblick konkret im Blick auf diesen Antrag sagen möchte, ist folgendes: daß man an diesem Tisch jetzt nicht den Beschluß fassen sollte, sich auf 30 Millionen DM festzulegen. Man sollte die Sache vielleicht an das Präsidium der Partei verweisen, damit dort darüber nachgedacht werden kann und damit vor allem mit dem Bundesinnenminister gesprochen werden kann, wie die Frage im Parteiengesetz geregelt werden soll. Daraufhin sollte man mit der Fraktionsführung verhandeln, denn die muß die Sache durchboxen.

Herr Kollege Burgbacher, ich bin der Meinung, daß Sie Ihren zweiten Antrag in dieser Präzision nicht aufrechterhalten sollten. Man sollte Ihnen an diesem Tisch das Versprechen geben, daß darüber in kleinerem Kreise mit dem Ziel verhandelt wird, Sie, den Bundesschatzmeister, unsere Partei und uns alle von den drängenden Finanzsorgen der Partei zu befreien. – Ich darf dabei feststellen, daß diese Frage nur die Bundes-CDU betrifft; die CDU in den Ländern und Gemeinden wird davon nicht betroffen.

*Johnen*<sup>50</sup>: Wenn wir solange warten, dann leben die Landesverbände nicht mehr. Wir haben doch im nächsten Jahr Landtagswahlen. (*Weitere Zurufe.*)

*Von Merkatz*: Meine Damen und Herren! Ich möchte auf die Bedeutung des Antrages hinweisen. Er bedeutet politisch eine wesentliche Befreiung der Parteien von Willenseinflüssen, die aus dem Ständestaat kommen. Ich halte den Vorschlag von Professor Burgbacher politisch für außerordentlich wichtig. Bei dem angekündigten Parteiengesetz sollte hinsichtlich der Befreiung von der Zweckbestimmung so weit gegangen werden, wie der Herr Schatzmeister es vorgeschlagen hat. Nur so kommt man zu der Unabhängigkeit der politischen Willensbildung. Ich halte das für sehr bedeutungsvoll.

*Höcherl*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die Frage des Herrn Präsidenten Gerstenmaier, ob ich mir schon Gedanken darüber gemacht habe, dahingehend beantworten: Natürlich habe ich das.

Theoretisch kann sich der Inhalt eines Parteiengesetzes, zu dessen Erlaß wir sogar verpflichtet sind, aus drei großen Komplexen zusammensetzen: erstens dem

---

49 Hermann Höcherl. Vgl. Nr. 1 Anm. 67.

50 Wilhelm Johnen (1902–1980), 1947–1966 MdL NW (CDU, 1959–1966 Präsident), 1951–1963 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Rheinland. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 64 f. Anm. 27.

Organisationsteil, zweitens dem Offenlegungsteil und drittens dem Finanzierungsteil. Es gibt gar keinen Zweifel, daß der Organisations- und Offenlegungsteil klare Dinge sind, während der übrige Bereich, die Frage der Finanzierung, mehr Schwierigkeiten bereiten dürfte.

Ich darf aber darauf hinweisen, daß der Vorschlag von Herrn Burgbacher deshalb Schwierigkeiten begegnen dürfte, weil im Koalitionsabkommen Vereinbarungen darüber enthalten sind, daß der Sockelbetrag überall derselbe sein soll.

*Adenauer:* Das läßt sich doch ruhig damit vereinbaren.

*Gerstenmaier:* Wenn Sie den Sockel auf DM 100.000,- festsetzen!

*Höcherl:* So ist es nicht gedacht. Praktisch will die FDP auf diesem Wege genauso viel bekommen wie die CDU. Das ist ungefähr die Vorstellung.

Ich habe nichts gegen die Anhebung des Betrages auf 30 Millionen DM. Das ist eine Sache, die noch mit dem Finanzminister besprochen werden muß.

Eine andere Frage ist, ob wir auf eine totale Staatsfinanzierung hinaus wollen. Das ist die entscheidende Frage. Dabei müssen wir bedenken, daß die SPD viel mehr Möglichkeiten als wir hat, dieser totalen Staatsfinanzierung noch etwas hinzuzufügen. Sie kann das in einem Maße, wie wir es nicht können.

Ich wiederhole: Gegen die Anhebung des Betrages auf 30 Millionen DM hätte ich nichts einzuwenden. In ein Parteiengesetz aber ein Finanzierungsstatut aufzunehmen, in dem die totale Staatsfinanzierung vorgesehen ist, würde ich für einen taktischen Fehler und für einen Nachteil für uns halten.

*Adenauer:* Ich stelle also fest, daß zunächst einmal dem dritten Antrag – er betrifft das Grundstück – zugestimmt wird. Er ist damit erledigt.

Bezüglich der Hauptsache – dem mittleren Antrag – halte ich den Vorschlag des Herrn Präsidenten Gerstenmaier für durchaus richtig. Man sollte nicht jetzt in einem so großen Gremium alle möglichen Diskussionen anstellen. Es tauchen hier diffizile Fragen auf. Man sollte deshalb zunächst im Präsidium eine klärende Aussprache durchführen und dann die Sache wieder hierher bringen.

*Burgbacher:* Wäre es nicht möglich, so zu beschließen, daß der Bundesvorstand grundsätzlich dieser Tendenz zustimmt und daß die Höhe in Verbindung mit dem Präsidium festgelegt wird?

*Adenauer:* Es muß Ihnen genügen, daß die Überweisung eine grundsätzliche Zustimmung ist. Wir haben die Sache nicht abgelehnt. Die Frage wird ernsthaft geprüft.

*Johnen:* Ich habe nichts gegen die Überweisung an das Präsidium. Aber im Präsidium befindet sich kein Landesvorsitzender.

*Adenauer:* Sagen wir: engerer Vorstand!

*Johnen:* Die Regelung wirkt sich ja auch auf die Landesverbände aus. In Nordrhein-Westfalen lehnt die CDU es allerdings ab, mit der FDP einen Sockelbetrag zu teilen. Wenn wir im Bund einen Sockelbetrag einführen, wird die FDP im Lande möglicherweise auch darauf bestehen. Bei uns sitzt heute die SPD zusammen. Wenn die SPD meine Vorschläge, die ich intern gemacht habe, bejaht, dann gehen wir dem

Bund voran, und zwar ohne Sockelbetrag. Mit einem Sockelbetrag bekommen wir die Angelegenheit wohl weder in der SPD noch in der CDU durch.

*Adenauer:* Also gehen Sie einmal voran. Ich stelle fest, daß die Frage im engeren Vorstand weiter beraten werden soll.

*Even*<sup>51</sup>: Ich möchte einen Hinweis geben. Es wird nicht die Möglichkeit bestehen, die vorgesehene Regelung schon bald in das Parteiengesetz einzubauen, weil das Parteiengesetz nicht vor 1963 verabschiedet werden kann. Es wird erforderlich sein, den Weg der letzten Jahre fortzusetzen, nämlich im Rahmen des Haushaltsgesetzes diese Lösung – mit der erweiterten Zweckbestimmung – zu finden. Wir können nicht auf das Parteiengesetz warten.

*Burgbacher:* Das muß vorweggenommen werden und muß im Haushalt kommen. Der Haushalt ist also auch genehmigt? (*Zustimmung.*)

*Adenauer:* Wir kommen dann zu Punkt 4 der Tagesordnung:

#### WAHL VON FÜNF MITGLIEDERN FÜR DEN FERNSEHRAT DER ANSTALT „ZWEITES DEUTSCHES FERNSEHEN“

Erlauben Sie mir eine einleitende Bemerkung, die gleichzeitig die „absolute Machtlosigkeit“ der Ministerpräsidenten in dieser Frage beleuchtet, von der Sie vorhin schon gesprochen haben, Herr Kollege Meyers.

Der Fernsehrat setzt sich zusammen aus elf Vertretern der Landesregierungen, drei Vertretern der Bundesregierung, zwölf Vertretern der im Bundestag vertretenen Parteien – CDU 5, SPD 5, CSU 1, FDP 1 und 5 Vertretern der Kirchen einschließlich des Zentralrates der Juden. Diese insgesamt 31 Mitglieder werden den Ministerpräsidenten benannt. Ferner werden durch Organisationen, Verbände usw. 63 Leute vorgeschlagen, aus denen die „machtlosen Ministerpräsidenten“ 21 auszuwählen haben. Schließlich ernennen die Ministerpräsidenten selber noch 14 Vertreter, nämlich zehn aus den Bereichen Erziehung, Bildung, Kunst und Wissenschaft und vier aus den Bereichen Familie, Frauen, Jugend, einer als Vertreter der Freien Berufe. So sieht also der Fernsehrat aus.

Ich bedauere sehr, den Herren Ministerpräsidenten sagen zu müssen, daß ich nicht glaube, daß der Bund sich daran beteiligt. Ich jedenfalls würde dem Kabinett absolut abraten.

Nun hat die CDU also fünf Mitglieder zu stellen. Zunächst sind hier vorgeschlagen: Ministerialdirektor a.D. Kracht<sup>52</sup>, Schleswig-Holstein, Professor Holz-

---

51 Dr. Bert (Paul Hubert) Even (geb. 1925), Jurist; 1949–1963 Landessprecher der JU Rheinland und Mitglied des Landesvorstands der CDU Rheinland, 1961–1963 Vorsitzender der JU, 1957–1969 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 238 Anm. 9.

52 In der Vorlage: Kraft. – Dr. Dr. Ernst Kracht (1890–1983), 1936–1945 Oberbürgermeister der Stadt Flensburg, 1950–1958 Ministerialdirektor, Staatssekretär und Chef der Landeskanzlei Schleswig-Holstein.

amer<sup>53</sup>, Rheinland-Pfalz, Dr. Barzel<sup>54</sup>, Dr. Martin<sup>55</sup>, Dr. Kraske. Unter den Vorgesetzten befindet sich keine Frau. Ich glaube, man sollte unbedingt auch eine Frau benennen. Die Frauen haben viel mehr Zeit, dem Fernsehen zuzusehen als wir beschäftigte Männer. Sie können sich dadurch ein besseres Urteil bilden.

Von den Damen ist nun Frau Dr. Strecker<sup>56</sup> „mit ihrer jahrelangen Erfahrung“ vorgeschlagen worden. Mir ist Frau Dr. Strecker nicht bekannt „in ihrer jahrelangen Erfahrung“. (*Heiterkeit.*)

*Krone:* Als ich vor ein paar Tagen in Berlin war, habe ich von Berliner Freunden gehört, daß sie gern einen Berliner unter den fünf hätten. Als Vorschlag ist auch Herr Dovifat<sup>57</sup> genannt worden. Vielleicht ist es möglich, den Wunsch der Berliner Freunde zu berücksichtigen.

In der soeben genannten Aufstellung wird Herr Dr. Kraske vorgeschlagen. Ich mache mich zum Anwalt dieses Vorschlages. Die SPD hat Herrn Barsig<sup>58</sup> und die FDP Herrn Flach<sup>59</sup> drin. Wer Herr Flach ist, und was von Herrn Flach für Wünsche bezüglich anderer Personalentscheidungen kommen werden, das können wir nur andeuten. Es ist ein Mann, der in den kulturellen Fragen den härtesten Wahlkampf gegen uns geführt hat. Wenn der in dem Fernsehrat ist, dann muß Herr Kraske auch hinein.

*Meyers:* Ich habe ein weiteres Anliegen vorzutragen. Die Gewerkschaften haben drei Vertreter zu stellen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund beansprucht alle drei

---

53 Professor Dr. Karl Holzamer (geb. 1906), 1949–1960 Vorsitzender des Südwestfunk-Rundfunkrats, 1962–1977 Intendant des ZDF.

54 Dr. Rainer Barzel (geb. 1924), 1957–1987 MdB (CDU), 1962–1963 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1963 stv., 1964–1973 Vorsitzender der CDU/CSU-BT-Fraktion, 1971–1973 Vorsitzender der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 461 Anm. 57; Christian HACKE in PORTRÄTS 1 S. 40–49.

55 Dr. Berthold Martin (1913–1973), Arzt; 1954–1957 MdL Hessen (CDU), 1957–1973 MdB (seit 1965 Mitglied des CDU/CSU-Fraktionsvorstands).

56 Dr. Gabriele Strecker (1904–1983), Ärztin, Publizistin; 1954–1962 MdL Hessen (CDU). – Erinnerungen: Überleben ist nicht genug. Frauen 1945–1950. Freiburg 1981; Gabriele STRECKER/Marlene LENZ: Der Weg der Frau in die Politik. 7. überarb. u. erw. Aufl. Melle 1994.

57 Dr. Emil Dovifat (1890–1969), Publizist, Hochschullehrer; 1948–1961 Direktor des Instituts für Publizistik der FU Berlin, 1953–1959 Vorsitzender des Rundfunkrats des SFB. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 143 Anm. 75.

58 Franz Albert Barsig (1924–1988), Journalist; ab 1948 Leiter der Ressorts Innen- und Wirtschaftspolitik beim SPD-Parteiorgan „Vorwärts“, 1954–1958 Pressereferent der SPD-Bundestagsfraktion, 1958–1965 Sprecher des SPD-Parteivorstands, 1966–1968 Chefredakteur und stv. Intendant beim Deutschlandfunk, 1968–1977 Intendant des SFB, 1978–1988 freier Journalist in Bonn.

59 Karl-Hermann Flach (1929–1973), 1948–1949 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der LDP Mecklenburgs, 1949 FDP, 1954–1955 Wirtschaftsredakteur in Frankfurt und Bonn, 1955 stv. Leiter der Presseabteilung, 1959–1961 Bundesgeschäftsführer der FDP, 1962–1971 Mitglied der Redaktion der „Frankfurter Rundschau“, 1971–1973 Generalsekretär der FDP, 1972–1973 MdB.

Stellen. Wir haben gesagt, das kommt nicht in Frage. Wenn wir aber davon ausgehen, daß die drei größten Gewerkschaften je einen Vertreter stellen – Deutscher Gewerkschaftsbund, Beamtenbund und Deutsche Angestelltengewerkschaft –, dann fällt die Christliche Gewerkschaftsbewegung aus. Deshalb ist die Bitte an mich herangetragen worden, hier zu unterbreiten, ob man nicht aus diesem Grunde unter den fünf Vertretern der CDU ein Mitglied der Christlichen Gewerkschaftsbewegung nennen könnte. Beispielsweise wurde genannt – man bestand aber nicht darauf – Herr Winkelheide<sup>60</sup>. (*Barzel*: An meiner Stelle!) Ich trage diesen Wunsch vor, damit er mitdiskutiert werden kann.

*Süsterhenn*: Ich bin mit dem Vorschlag, daß Herr Kraske in den Fernsehrat gehen soll, unbedingt einverstanden. Das ist notwendig, um die Relation zu anderen Parteien zu erreichen. Ich möchte Sie aber dringend bitten, Herrn Professor Holzamer von der Universität Mainz in dieses Gremium zu wählen. Erstens sitzt er am Ort, und zweitens ist er einer der wenigen Leute von unserer Seite, die vom Fernsehen etwas verstehen und über praktische Erfahrungen verfügen.

*Adenauer*: Ich würde mich freuen, wenn die Frauen etwas für ihre Kandidatin sagten.

*Brauksiepe*: Selbst auf die Gefahr hin, daß ich mich wieder unpopulär mache, wenn ich jetzt für eine Frau eintrete, (*Zurufe*: Nein!) – doch, das geschieht sehr häufig – will ich einiges sagen.

Ich will an die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers anknüpfen: Die Jugendlichen und Frauen sind weithin im Lande die Zuhörer und Zuschauer. Wenn es wirklich zutrifft, daß die kommenden Monate so todernte Entscheidungen von unserer Bevölkerung fordern – und zwar Entscheidungen, die so unpopulär sind, wie damals die Entscheidung über die Wiedereinführung der Bundeswehr und ähnliches –, könnte ich mir vorstellen, daß der Einfluß des Fernsehens bei dieser Kampagne, die wir vor uns haben und an der wir gar nicht vorbei können, ganz ausgesprochen auf diese größte Gruppe treffen muß. Es muß uns wirklich gelingen, die Frauen und Jugendlichen zu erreichen. (*Zuruf*: Wir sind ja für den Vorschlag!) Ich bitte wirklich einen Augenblick um Ihre Geduld!

Dafür, daß wir Frau Strecker genannt haben, war für uns maßgebend, daß sie als Mutter erwachsener Kinder, als Ärztin und als für die CDU seit Jahren in der publizistischen Aufgabe sehr, sehr wirkungsvolle Frau auch beim Fernsehen ernstgenommen wird. Die Kollegen der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens kennen diese Frau seit Jahren. Es ist besser, man schickt jemanden in ein solches Gremium, der dort ernstgenommen wird wegen seiner Kenntnisse, als wenn man jemanden schickt, der seine Befähigung erst noch nachweisen muß.

---

<sup>60</sup> Bernhard Winkelheide (1908–1988), 1949–1972 MdB (CDU), 1955 Mitgründer und bis 1962 Vorsitzender des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 702 Anm. 58; Erinnerungen in: ABGEORDNETE 8 S. 229–251; Thomas Nikolaus RAABE: Bernhard Winkelheide – eine biographische Studie zum Verhältnis von katholischer Arbeiterbewegung und Politik. München 1990.

Deshalb bitte ich Sie dringend, selbst wenn jetzt noch andere Gruppen ihre Forderungen anmelden, diesen nicht auf Kosten der Frau nachzugeben, die Sie alle anerkennen. Ich bitte Sie, das sehr ernst zu nehmen.

*Adenauer:* In der Zwischenzeit ist mir vorgeschlagen worden, Frau Dr. Strecker an Stelle von Herrn Ministerialdirektor a.D. Kracht zu nehmen. Wenn Sie dem zustimmen, würde die Liste so aussehen: Frau Dr. Strecker, Prof. Dr. Holzamer, Dr. Barzel, Dr. Martin, Dr. Kraske. Sind Sie damit einverstanden? – Ich stelle Ihr Einverständnis fest.

Wir kommen dann zu Punkt 5:

## BUNDESPARTEITAG 1962

*Kraske:* Meine Damen und Herren! Es gibt keine verbindliche Tradition, ob unsere Bundesparteitage im Frühjahr oder im Herbst stattfinden. Im allgemeinen haben sie bisher entweder in der Zeit nach Ostern – also Ende April oder Anfang Mai – oder im September bzw. Anfang Oktober stattgefunden. Nach der Bundestagswahl 1953 hat der nächste Bundesparteitag im Frühjahr 1954 stattgefunden, nach der Bundestagswahl 1957 fand dagegen der nächste Parteitag im Herbst 1958 statt. Es gibt also nach beiden Richtungen Präzedenzfälle.

Der Vorstand muß heute darüber Beschluß fassen, ob der Parteitag im Frühjahr oder im Herbst stattfinden soll. Für den Fall, daß sich der Vorstand für das Frühjahr entscheidet, muß bereits jetzt dringend mit der Organisation des Parteitages und insbesondere mit der Auswahl des Ortes begonnen werden.

Zur Wahl des Ortes kann ich nur folgendes sagen: Nach den früheren Diskussionen im Vorstand bestehen Anwartschaften seitens der Landesverbände Westfalen – hier hat bisher nie ein Bundesparteitag stattgefunden –, Hessen – auch hier hat noch nie ein Bundesparteitag stattgefunden – und Niedersachsen, wo der letzte Parteitag 1950 in Goslar abgehalten wurde.

Ich bitte also darum, daß erstens eine Entscheidung über den Termin getroffen wird und daß zweitens der Bundesgeschäftsstelle gesagt wird, in welcher Priorität sie sich um die entsprechenden örtlichen Möglichkeiten kümmern soll.

*Adenauer:* Ich möchte die Herren von Nordrhein-Westfalen fragen, da Sie doch am 8. Juli Landtagswahlen haben: wünschen Sie, daß vorher ein Parteitag stattfindet?

*Johnen:* Das hängt von der Bundespolitik ab.

*Adenauer:* Was, Ihre Wahl?

*Johnen:* Nein! Ich meine, ob der Bundesparteitag im April/Mai oder im September abgehalten wird, hängt davon ab, wie weit die jetzige Bundesregierung bzw. die Fraktion mit den Arbeiten ist. Wenn er im Mai abgehalten wird, dann, würde ich sagen, wäre es gut, wenn man nach Westfalen ginge.

*Adenauer:* Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen wird, gleichgültig, was die Bundesregierung bis zum 8. Juli geleistet oder nicht geleistet hat, nach meiner

Meinung ein Hauptthema der Sozialdemokraten sein: Die CDU hat die Arbeitnehmer durch eine Koalition mit der FDP verraten. Es war nicht sehr klug von Herrn Ollenhauer, diese Bemerkung zu machen; aber er hat sie gemacht. In der Agitation von Mann zu Mann spielt das eine erhebliche Rolle. Deshalb sollte man diese Frage gerade im Hinblick auf die Arbeitnehmerschaft in Nordrhein-Westfalen betrachten.

*Meyers:* Ich möchte in diesem Zusammenhang an den Parteitag von 1954 in Köln erinnern, der ebenfalls vor den Landtagswahlen stattgefunden hat. Der Parteitag hat damals weder auf die Wahl in der Stadt Köln noch auf die Wahl zum Landtag einen solchen Einfluß ausgeübt, daß wir dadurch eine absolute Mehrheit bekommen hätten oder in Köln die Leute auch nur an die Wahlurne gebracht hätten.

Ich habe folgende Bedenken: Wenn wir jetzt wieder in eine große Stadt gehen, wo wir mit einem Parteitag unbedingt hingehen müssen, dann wird die Wirkung in Nordrhein-Westfalen leicht verpuffen. Dagegen wird in einem Land wie Hessen oder Schleswig-Holstein die Wirkung immer größer sein.

Ich bin nicht ganz der Meinung, daß wir mit diesem Parteitag entscheidenden Einfluß auf die Arbeitnehmer ausüben können. Ich hielte es für viel wichtiger, daß wir einen Spezialekongreß ins Ruhrgebiet – meinetwegen nach Dortmund – bekommen, der sich mit Sozialfragen befaßt. Wenn jedoch die Herren aus Westfalen der Ansicht sind, daß man den Parteitag doch vor der Wahl in Dortmund durchführen sollte, dann stelle ich meine Bedenken zurück.

*Albers:* Ich bin ganz anderer Meinung als der hochverehrte Herr Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. (*Meyers:* Aber nur wegen Köln!) In Köln gibt es noch politische Intelligenz. (*Heiterkeit.*)

Meine Damen und Herren, weshalb bin ich für diesen Parteitag? Die SPD hält im April in Köln ihren Parteitag ab mit dem Ziel, von dort aus die Parole für Nordrhein und Westfalen herauszugeben: Wir müssen in Nordrhein-Westfalen die Mehrheit erobern. Das hat Herr Ollenhauer und hat Herr Wehner noch vor einigen Wochen erklärt. Ich meine, diesen Herren muß von der offiziellen Partei – nicht durch eine Landespartei – die Antwort gegeben werden. Deshalb bin ich dafür, daß wir Ende April nach diesem sozialdemokratischen Parteitag, Herr Dufhues, in Dortmund diesen Parteitag durchführen.

Ein Zweites! Worum geht es? Sie haben absolut recht, Herr Bundeskanzler. Auch ich nehme die Dinge nicht so leicht. Man muß mit der Arbeitnehmerschaft sprechen. Ich nehme die Sache ernst. Wir hatten in Köln das Gedächtnisamt für unsere verstorbenen Kollegen, Herr Bundeskanzler; ich bedauere, daß Sie nicht da waren. Im Gürzenich waren 1.100 Vertrauensleute unserer christlichen Arbeitnehmerschaft aus dem Rheinland versammelt.<sup>61</sup> Mir ist dabei klargeworden, daß der Arbeitnehmerschaft noch ein stärkeres Argument vorgetragen werden muß, das für diese Koalition spricht, als das, was bisher angeführt wurde.

---

<sup>61</sup> Sitzung des Ständigen Ausschusses Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongresse am 20. November 1961 in Köln („Soziale Ordnung“ Nr. 12 vom Dezember 1961).

Drittens! Die SPD konzentriert sich auf die großen Betriebe. Ich weiß, was da spielt, und ich weiß auch, was heute bei unseren Freunden in den großen Betrieben los ist. Das fängt in Dortmund an, lieber Dufhues, und hinten bei Köln und Aachen geht es weiter. Es kommt darauf an, daß wir den Leuten in den Betrieben mit 5.000, 10.000 und 20.000 Beschäftigten eine Aufmunterung geben, daß wir ihnen die Kraft geben, auch diesen harten Wahlkampf mit uns und für uns zu bestehen.

Deshalb mein Vorschlag! Ich kann nicht anders. Herr, hilf mir, Dufhues! (*Heiterkeit.*)

*Dufhues:* Ich möchte ganz kurz erwidern. Es geht nicht darum, den Wahlkampf der CDU in Nordrhein-Westfalen wesentlich zu unterstützen. Das werden wir durch einen Parteitag nicht entscheidend erreichen können.

Aufgrund des Ergebnisses der letzten Bundestagswahl halte jedoch auch ich das, was Sie, Herr Bundeskanzler, und was Herr Albers gesagt haben, für ungewöhnlich wesentlich. Wir müssen das Verhältnis der Christlich-Demokratischen Union zur Arbeitnehmerschaft im ganzen, zu den Arbeitern und zu der Gruppe der Angestellten, deren Anteil an der Bevölkerung sich zunehmend erhöht, auf einem Parteitag in den Vordergrund unserer Überlegungen stellen.

Wir behalten die Mehrheit nur dann, wenn wir mindestens 30 % der Arbeitnehmerschaft für uns gewinnen. Wenn wir dazu in Westfalen einen Beitrag leisten können – ich denke an die Westfalenhalle mit ihren Möglichkeiten für große Massenkundgebungen –, dann sind wir dazu gern bereit. Dann müßte allerdings dieser Parteitag – das wäre meine Bitte – etwa sechs bis acht Wochen vor der Wahl stattfinden.

*Adenauer:* Vom Standpunkt der Gesamtpartei aus gesehen wäre ein Verlust der Wahl in Nordrhein-Westfalen ein schwerer Schlag für uns. Herr Dufhues hat vollkommen recht: Wenn wir nicht 30 % der Arbeitnehmerschaft bekommen, können wir die Mehrheit im Bund nicht erreichen.

Was will denn die Sozialdemokratie tun? Sie wird versuchen, uns madig zu machen, und den Leuten sagen: Seht, wie ihr durch eine Koalition mit den Freien Demokraten verraten worden seid. Ich meine, auch wenn uns der Parteitag positiv nichts nützte, so würde er doch wenigstens negative Dinge verhindern können. Ich wäre auch dafür, ihn im Mai in Dortmund stattfinden zu lassen.

*Krone:* Das würde auch gut dazu passen, daß wir auf der Kulturtagung in Gelsenkirchen im letzten Jahr beschlossen haben, eine zweite Tagung im Herbst 1962 durchzuführen.<sup>62</sup> Daran sollten wir auch festhalten. Sie könnten wir dann im Laufe des Oktober oder November irgendwo in Deutschland stattfinden lassen.

---

62 Kulturpolitischer Kongreß der CDU/CSU vom 28. bis 30. November 1960. Referate in: Erziehung, Bildung, Ausbildung. Zur Kulturpolitik der CDU/CSU. Hg. von der Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands. Bonn 1961. – Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 895 Anm. 9. – 2. Kulturpolitischer Kongreß vom 4. bis 6. November 1962 in Augsburg. Abdruck in CDU (Hg.): Bildung und Beruf in der modernen Gesellschaft. Zur Kulturpolitik der CDU/CSU. Bonn 1963.

*Gurk:* Eine Bitte, Herr Bundeskanzler! Auf der heutigen Tagesordnung vermisse ich ein Thema, das sehr weit in der Diskussion vorherrschend ist: Die Straffung der Parteiorganisation. Ich weiß nicht, ob heute noch Gelegenheit ist, darüber noch zu sprechen. Deshalb möchte ich bei Punkt 5 daran erinnern, daß wir uns mit diesem Thema noch irgendwie werden auseinandersetzen müssen.

*Adenauer:* Sie haben gehört, daß wir Mitte Januar die Übersicht über die Wahl bekommen. Diese Übersicht wird dann die Grundlage für eine Diskussion darstellen, wie Sie sie wünschen. Diese Diskussion müßte dann etwa im Februar stattfinden. *(Zurufe.)* Erstens ist die Sache wahrscheinlich bis 15. Januar nicht fertig; es kommt immer etwas dazwischen. Zweitens muß man ja den Mitgliedern auch Zeit lassen, die Sache zu studieren. Deshalb werden wir wohl erst im Februar darauf zurückkommen können.

Wir kommen dann zu Punkt 6:

#### UNTERSUCHUNGEN ÜBER DAS GEISTIGE UND GESELLSCHAFTLICHE BILD DER GEGENWART UND DIE KÜNFTIGEN AUFGABEN DER CDU

Dazu möchte ich folgendes sagen: Sie wissen, wie es aussah, als die CDU in Deutschland nach dem Zusammenbruch ins Leben trat. Sie wissen, daß damals in unseren Kreisen die Reaktion gegen den Nationalsozialismus allenthalben so stark und lebendig war, daß man mit einer Liebe an die Parteiarbeit heranging und mit einem Gefühl der Verpflichtung zu arbeiten begann, wie man es seit je nicht mehr erlebt hatte. Seit der Zeit haben wir in Deutschland aufgebaut. Wir sind in weiten Kreisen zu einem gewissen Wohlstand gekommen. Aber leider Gottes ist dabei das Fundament unserer Partei – das christliche Fundament – immer mehr in den Hintergrund getreten. Das hängt auch mit der ganzen Entwicklung in Deutschland zusammen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Entchristianisierung in Deutschland in weiten Kreisen schnelle Fortschritte macht.

Weiterhin hat eine soziologische Umschichtung stattgefunden. Es ist uns bisher nicht gelungen, die Abneigung gegen parteipolitische Bindungen auch bei einwandfreien Leuten, die uns wählen, zu überwinden. Ich habe dazu gerade folgendes Beispiel gehört. Sie alle kennen das Kreuz-Kolleg in Köln. Dort hat neulich eine Tagung von alten Herren stattgefunden, die früher hier gewohnt haben.<sup>63</sup> Die Herren, die dagewesen sind – mittlerweile alle in ganz guten Positionen, namentlich im Industriegebiet – stehen übereinstimmend auf dem Boden der christlichen Grundsätze. Aber keiner von ihnen war Mitglied der CDU.

---

<sup>63</sup> Der Verein „Kreuz-Kolleg Benedikt-Schmittmann-Haus e.V.“ wurde 1953 von Helene Schmittmann gegründet. Das Schmittmann-Kolleg dient seither als Studentenheim. Bei der Tagung der alten Herren handelt es sich wahrscheinlich um ein Treffen ehemaliger Bewohner des Hauses.

Eine weitere Sache, die uns wirklich sehr zu denken geben muß, ist das Verhältnis unserer Partei zur Presse. Ich habe es schon angedeutet. Wer die Presse verfolgt, stellt fest, daß man fast überall auf die Abneigung gegen die CDU stößt; ob wegen des Wortes „christlich“ oder aus anderen Gründen – ich kann es nicht beurteilen.

Bei der Jugend – ich meine jetzt bei der über 20 – kann man nur mit großer Sorge die Entwicklung weg vom Geistigen und Programmatischen beobachten.

Daher würde ich es außerordentlich begrüßen, wenn wir von unserer Partei aus eine Untersuchung über die geistige Verfassung in Deutschland in allen Schichten und bei allen Ständen, aber auch eine Untersuchung über die geistigen Grundlagen, veranstalten würden. Ich würde bitten, das Thema möglichst weit zu fassen. Wir sollten nicht von vornherein eine Grenze festlegen.

Ich würde weiter vorschlagen, daß Herr Dr. Barzel mit dieser Aufgabe betraut wird. Er muß sich dann dieser Arbeit, die ihn sicher einige Monate in Anspruch nehmen wird, wirklich intensiv widmen. Es handelt sich – Herr Kollege Gurk, das möchte ich Ihnen sagen, damit kein Irrtum entsteht – nicht um eine Untersuchung unserer Organisation oder etwas Ähnliches. Vielmehr handelt es sich einfach darum, einmal zu untersuchen, wie sich die geistige Verfassung in Deutschland von 1945 bis 1961/62 gewandelt hat, und dann zu überlegen, was wir tun müssen, damit wir eine zeitnahe Partei bleiben.

Wenn unsere Partei auseinanderfallen würde – aus irgendeinem Grunde –, dann ist es ganz klar, daß die Sozialdemokratie die führende Partei in Deutschland werden würde mit all den Folgen, die das mit sich bringen würde. Deshalb bitte ich sehr dringend, meinem Vorschlag zuzustimmen. Das Nähere wäre dann mit Herrn Barzel von einigen Herren zu überlegen. Dort müßte man sich auch über die Finanzierung usw. unterhalten. Aber bitte, bejahen Sie diesen Gedanken. *(Beifall.)*

*Zimmer:* Meine Damen und Herren! Ich glaube, nichts ist neben den aktuellen Aufgaben für die zukünftige Entwicklung unserer politischen Arbeit wichtiger als das. Jeder von uns hat sich wohl in den letzten Monaten Gedanken über diese Dinge gemacht. Ich möchte mir erlauben, einen einzigen Punkt herauszugreifen, weil jetzt natürlich nicht Zeit und Gelegenheit ist, darüber ausführlich zu reden. Eine umfassende Aussprache wird später erfolgen. Ich nehme einen kleinen Punkt aus den Beobachtungen in meinem Wahlkreis.

Wir befinden uns bis in das letzte Dorf hinein in einem zunehmenden Prozeß der Säkularisierung des Denkens, der parallel geht mit einer Emanzipation der betreffenden Menschen von dem bisherigen geistigen Gefüge des Dorfes, in dem unbestritten die Kirche aus ihrem kirchlichen Raum heraus auch politische Entscheidungen – ohne es vielleicht so zu wollen – mit beeinflußt hat. Ich will gar nicht wertmäßig differenzieren zwischen Bauern, Arbeitern und Angestellten. Aber es ist doch so, daß aufgrund der modernen Verkehrsmittel heute auch unsere Bauerndörfer zu einem großen Teil von Arbeitern und Angestellten bewohnt werden. Diese Menschen arbeiten in den großen Betrieben der Städte und werden dort auch weitgehend politisch geformt. Es handelt sich dabei durchaus um kirchentreue Leute.

Ich möchte bitten, daß dieser Prozeß besonders beachtet wird. Ich habe im Wahlkampf mit vielen dieser Leute Auseinandersetzungen über das Menschenbild und das Weltbild gehabt.

Dazu kommt dann die Einwirkung der SPD auf diese Schichten. Ich möchte bitten, daß auch das besonders berücksichtigt wird. Die SPD hat hier Möglichkeiten; sie kann leichter dem Wohlstandsdenken Rechnung tragen als wir. Wir können, im Gegensatz zur SPD, nicht nur von dem Wohlstandsdenken aus Politik machen.

Das gleiche gilt auf der anderen Seite auch von der FDP. Auch die FDP hat es in manchen Dingen leichter. Sie bricht in Kreise ein, in denen früher das Motiv und der Maßstab des politischen Handelns und damit der politischen Stimmabgabe noch weitgehend von dem allgemeinen Bewußtsein der ethischen Verpflichtung gegenüber höheren Werten bestimmt war. Heute ist in diesen Kreisen das Bewußtsein dafür weitgehend verlorengegangen. Die Motive und der Maßstab für die politische Stimmabgabe werden von rein programmatischen und vordergründigen Vorteilen bestimmt. Ich möchte bitten, daß die Untersuchung auch diese Motive des politischen Handelns in der sich wandelnden Gesellschaft in Stadt und Land berücksichtigt.

*Krone:* Über diesen soeben vom Herrn Bundeskanzler vorgetragenen Vorschlag ist mit Herrn Kraske sehr ausführlich gesprochen worden. Es ist geprüft worden, ob sich nicht Überschneidungen mit der Untersuchung über das Wahlergebnis ergeben. Ich würde auch den Vorschlag von Herrn Zimmer unterstützen.

*Adenauer:* Ich möchte betonen, daß nach meiner Intention keine Überschneidung mit der anderen Untersuchung vorkommen darf. Das sind zwei ganz verschiedene Aufgaben. Herr Barzel, sind Sie bereit, den Auftrag anzunehmen? (*Barzel:* Gerne!) Ich danke Ihnen dafür.

*Gradl:* Ich möchte ein Wort dazu sagen. Ich bejahe völlig, was Sie hier vorgesehen haben. Aber ich fürchte – Kollege Barzel weiß, daß ich ihn kenne und schätze –, daß das einfach über die Kraft eines einzelnen hinausgeht. Es soll ja nicht nur eine umfassende Untersuchung angestellt werden, sondern es sollen daraus auch die Konsequenzen für die künftigen Aufgaben gezogen werden.

*Adenauer:* Es muß ja einer federführend sein. Daß Herr Barzel das nicht allein machen kann, ist klar.

*Gradl:* Ich möchte nur gerne, Herr Barzel, daß unter denen, die Sie heranziehen, wenigstens einer ist, der betont kritisch ist und uns nicht von vornherein innerlich absolut verbunden ist. Ich meine, man braucht eine solche Korrektur, um zu dem wirklichen Bild zu kommen. Es muß einer dabei sein, der es fertigbekommt, dieser Partei zu sagen, daß sie sich in Zukunft mehr überlegen muß, ob sie einen Wahlslogan „Immer im Wohlstand leben“ verwenden soll. Herr Zimmer hat schon von diesen Dingen gesprochen. Wir kommen sehr stark in eine Säkularisierung und Materialisierung unseres Denkens hinein. Da liegt doch der eigentliche Grund.

*Adenauer:* Nicht allein!

*Gradl:* Schön! Ich meine jedenfalls, daß der Mitarbeiterkreis auch einen solchen Mann umfassen muß.

*Barzel:* Ich möchte Herrn Dr. Gradl sagen, daß ich in einem Kostenvoranschlag auch eine Position „Anforderung kritischer Stimmen zur CDU“ ausgewiesen habe.

*Adenauer:* An wen haben Sie da gedacht?

*Barzel:* Das möchte ich noch nicht sagen.

*Adenauer:* Wir haben dann noch einen Punkt.

## VERSCHIEDENES

Da möchte ich kurz die Sache unseres Kollegen Oberländer<sup>64</sup> vorbringen. Herr Kollege Oberländer hat diese Schwierigkeiten gehabt, von denen Sie alle wissen. Es ist objektiv festgestellt worden, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe unbegründet sind. Ich glaube, wir müssen jetzt zusammen mit ihm einen Weg suchen, um auch öffentlich seinen guten Ruf wiederherzustellen. (*Beifall.*) Sie sind damit einverstanden, meine Damen und Herren? Dann werden wir das Weitere besprechen, Herr Oberländer.

Wird sonst noch das Wort gewünscht? – Bitte sehr.

*Gurk:* Ich möchte eine Bitte vortragen, die aus bäuerlichen Kreisen an uns zur Unterbreitung hier herangetragen worden ist. Die Bundesregierung möge doch ihre grundsätzliche Haltung bezüglich der EWG-Verträge beibehalten.

Noch ein Zweites zum Fernsehen! Wir haben nichts gegen die gewählten Vertreter gesagt, weil wir nicht kleinlich sein wollen. Aber ich möchte doch ganz allgemein zum Ausdruck bringen, daß man das sehr treue Land Baden-Württemberg etwas mehr berücksichtigen sollte. Wir haben nichts gesagt, daß zwei Vertreter aus Hessen kommen. Aber wir denken auch an die Kabinettsbildung und ähnliches. Wir sind sehr treu und möchten gelegentlich auch mal den kleinen Finger als Anerkennung sehen. Das möchte ich grundsätzlich sagen.

*Adenauer:* Ich darf zu dem Punkt, den der Kollege Gurk vorgetragen hat, noch folgendes sagen: Die Bundestagsabgeordneten von Baden-Württemberg haben mich in einem Brief gebeten, einer aus Baden-Württemberg solle Staatssekretär werden. Meine Damen und Herren, wo kommen wir im Bund allmählich hin! (*Gurk:* Nein, nein!) Verzeihen Sie! Wir zersplittern und zerhacken uns in Kleinigkeiten. Das eine möchte ich sagen: solange ich ein Wort mitzusprechen habe, wird Staatssekretär nur einer, der wirklich was kann und auch dafür geeignet ist. (*Zuruf:* Die gibt es auch in Baden-Württemberg!)

*Gurk:* Gestatten Sie bitte noch eine Bemerkung! Erstens habe ich das nicht geschrieben, und zweitens wäre es immerhin möglich, daß sich unter den acht Millionen Einwohnern in Baden-Württemberg auch einer befindet, der befähigt wäre.

---

<sup>64</sup> Dr. Theodor Oberländer (1905–1998), Professor für Staatswissenschaften, 1953–1961 und 1963–1965 MdB (bis 1955 GB/BHE, dann fraktionslos, seit 1956 CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 85 Anm. 66.

*Adenauer:* Im übrigen kann ich Ihnen sagen, daß ja auch ein Herr, der aus Baden-Württemberg stammt, Bundestagspräsident ist. Genügt Ihnen das nicht? (*Heiterkeit.* – *Zurufe:* Der Wirtschaftsminister ist auch aus diesem Lande! – Der Präsident des Europaparlaments!)

Wird sonst noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann danke ich Ihnen für Ihre Mitarbeit und schließe die heutige Sitzung.

### 3 a

#### *Sitzung des Engeren Bundesvorstands*

*Bonn, Mittwoch 7. Februar 1962*

*Sprecher:* Adenauer, Blank, von Brentano, Burghacher, Dichtel, Dufhues, Erhard, Etzel, (Bert) Even, Gradl, von Hassel, Johnen, Kraske, Krone, Meyers, Frau Rehling, Röder, Schmücker, [Schröder], Stoltenberg.

*Bericht zur politischen Lage. Zusammenarbeit zwischen Bundespartei und Landesparteien. Bundesparteitag. Geschäftsführender Vorsitzender. Bildung eines Ausschusses zur Vorbereitung der Finanzreform.*

*Beginn: 9.00 Uhr*

*Ende: 12.00 Uhr*

Teildruck in ADENAUER: Reden S. 431–442; MAIER/THOSS S. 303–305.

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Diese Sitzung ist die erste Sitzung des Engeren Bundesvorstandes seit der Bundestagswahl. Das braucht aber kein Versäumnis zu sein; denn wir haben bereits zwei Sitzungen des Bundesparteivorstandes seit der Bundestagswahl abgehalten. Als Termin für die heutige Sitzung hatten wir zunächst den 30. Januar vorgesehen. Dieser Termin mußte aber verschoben werden, weil ich an einer Grippe erkrankt war. Lassen Sie mich dazu ein persönliches Wort sagen. Meine Damen und Herren! Sie können das weitergeben, wenn Sie wollen. Man darf Bundeskanzler sein, man darf alle möglichen Scherereien auf seinem Buckel haben, aber ein Recht auf Grippe hat man nicht! Das ist unter gar keinen Umständen erlaubt.